

# HERDER-KORRESPONDENZ

Zweites Heft - 6. Jahrgang - November 1951

In einem großen Sakrileg bewegt sich die Gottlosigkeit der Irrlehrer, die aus Ehrfurcht vor der Gottheit die Wirklichkeit des menschlichen Fleisches in Christus leugnen. Sie wöhnen, einen frommen Glauben zu bekennen, wenn sie sagen, in unserem Heiland sei nicht wahrhaft das Menschliche, das er rettet, wo doch, gemäß der durch alle Jahrhunderte ergehenden Verheißung, die Welt solcherart mit Gott verfühnt wurde, daß, wenn das Wort nicht Fleisch werden wollte, das Fleisch nicht gerettet werden konnte. Das Mysterium des Glaubens verliert in einem großen Dunkel seinen farbigen Glanz, wenn man glaubt, das Licht der Wahrheit sei unter lügenhaftem Schein verborgen gewesen. Kein Christ also meine, sich schämen zu müssen wegen der Wirklichkeit unseres Leibes in Christus . . .

Leo der Große

## Meldungen aus der katholischen Welt

*Aus dem deutschen Sprachgebiet*

**Die Familie, ihre Krise und deren Überwindung** In den Vorträgen und Arbeitskreisen der 3. Katholischen Sozialen Woche in München, die am 30. 8. 51 begann, wurden die geistigen, religiösen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen der Familie behandelt.

### *Der natürliche Bereich der Ehe*

Alle Fragen, die dem naturhaften und körperlichen Bereich der Ehe entspringen, beschäftigen heute mehr denn je die Menschen und zwingen zu sachgerechter Antwort. Oft kann sie der bedrohten Ehe echte Hilfe sein.

In den natürlichen Bereich hinein wirken die Kräfte des Glaubens und geben am ehesten Hilfe zur Überwindung moderner Ehenot. Für uns katholische Christen ist damit offenbar, daß eine Sexualberatung allein nicht weiterhilft, sondern nur Teil einer umfassenden Ganzheitsfürsorge sein kann, in der dem religiösen Bereich ein bevorzugter Platz zukommt. Aus dieser Sicht gab Dr. med. Frühauf, Frankfurt, Antwort auf die die katholischen Christen bedrängenden Fragen der Keimzellenvermittlung und der widernatürlichen Verhaltensweisen mit ihren gesundheitsschädigenden Folgen — wie Schilddrüsenüberfunktionen, Nervenschwächen, Frigidität, Lageveränderungen, Sterilität. So kommt es, daß z. B. in Wien 50% der Ehen, in USA von 35 Millionen Ehen 15 Millionen kinderlos sind. Der Vortrag handelte ferner von der künstlichen Befruchtung, der natürlichen Geburtenregelung durch Beschränkung des ehelichen Verkehrs auf die unfruchtbare Zeit, die gegenüber der übereinstimmend gewählten dauernden Enthaltensamkeit als ein für die große Menge gangbarer Weg zur Lösung drückender Gewissensnot angesehen werden kann. „Jedem Einsichtigen ist klar, daß auch mit

der Verbreitung der Erkenntnisse von Ogino-Knaus nun nicht das Paradies auf die Erde gebracht wird. Es kann sich lediglich um das Aufzeigen eines natürlichen, ordentlichen Weges bei einem schwierigen Problemkreis handeln.“

### *Ehe- und Familiennot und Seelsorge*

Hinter den äußeren Notständen verbirgt sich oft eine tiefere, seelische Not als Folge der weitgehenden Zerstörung des christlichen Menschenbildes. Der Komplex „Ehe und Familie“ ist aus der Religion ausgeklammert und hat damit seine urtümliche Bezogenheit verloren. Die Ehenot hat den gutwilligen, noch christlich denkenden Menschen negativ beeinflusst und dazu geführt, daß die Prinzipien der katholischen Ehemoral oft mit Bitterkeit zur Kenntnis genommen werden. Die Frage des Kindersegens ist der Hauptgrund, warum viele jüngere Eheleute an der Kommunionbank fehlen. Die Zahl der Suchenden ist unter den Eheleuten viel größer, als die Seelsorger vermuten. Mancher der Abseitsstehenden hält Ausschau, ob nicht ein verstehendes priesterliches Wort die Brücke schlägt und den Weg zur Rückkehr ermöglicht. Mit dieser Situationsschilderung gab Dr. Fröhlich, München, den Rahmen für die wichtigsten Möglichkeiten zur seelsorglichen Hilfe.

1. Regelmäßige Brautleutekurse, die sich über mehrere Monate erstrecken und in denen der Priester, der Arzt, ein Vater und eine Mutter in Vortrag und Aussprache die Voraussetzung schaffen für das rechte natürliche und übernatürliche Verständnis der christlichen Ehe und Familie.
2. Offene Aussprachen über die Schwierigkeiten der Ehegestaltung und die Möglichkeit ihrer Überwindung.
3. Gründliche Gewissensbildung. Viele Eheleute sind geistlich unmündig und unfähig, die täglich herandrängenden sittlichen Fragen religiös zu bewältigen.
4. Gespräche über die Kindererziehung, Erfahrungen im Umgang mit dem schwierigen Kind, Verhalten der

Eltern zu den Kindern im Reifealter. Mithilfe des Elternhauses beim Brautunterricht, der nicht Sache des Priesters allein sein kann.

5. Gestaltung von Familientagen in Vortrag, Feierstunde und geselligem Beisammensein, wobei die reiferen Mädchen der Pfarrgemeinde die Betreuung der Kinder übernehmen.
6. Würdiger und feierlicher Vollzug der heiligen Taufe, nicht als nebensächliches Geschehen im Sakristeiwinkel, sondern als Feier der Gemeinde, die eingeladen wird.
7. Vorschläge und Anregungen für das Familiengebet, für die Mithilfe der Eltern im Kommunionunterricht. Einführung in den neuen Katechismus.
8. Beispiele für und Gespräche über Möglichkeiten der Nachbarschaftshilfe und des gegenseitigen Einspringens, wodurch die gewonnenen Erkenntnisse zur Tat werden und das einzige Kennzeichen des Jüngers Christi, die Liebe, sichtbare und überzeugende Gestalt gewinnt.
9. Natürliche und übernatürliche Sinndeutung unseres Tuns in der Familie, z. B. des Sinnes des gemeinsamen Mahles und seiner Beziehung zum Herrenmahl, der Stellung des Hausvaters und des Einflusses des Vaterbildes auf die Gottesvorstellung des Kindes; Wiedererweckung und Pflege des religiösen Brauchtums.
10. Als besonderer Vorschlag für die Stadt: wöchentliche Familienkommunion als Ziel der Familienseelsorge. Die Seelsorge soll in diesem Punkt organisch denken und in ihren Forderungen den Familien etwas zutrauen.
11. Für die Stadt wurde folgende Bitte vorgetragen: tägliche Abendmesse für Väter, Mütter und junge Menschen, die aus beruflichen Gründen die erste Morgenmesse nicht besuchen können, aber großen Wert auf das tägliche Opfermahl legen. Gelegenheiten wären, wenn auch nicht in jeder Pfarrei, so doch wenigstens in Bahnhofsnähe und im Zentrum der Großstadt zu schaffen.

#### *Ausgleich der Familienlasten*

Frau Dr. Krause-Lang, München, bereitete mit einem grundlegenden Referat „Die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Familie“ die Erörterungen vor, die sich mit den Fragen der Familienausgleichskassen, des Familienlohnes, der Altersversorgung und der Zusatzkasse, des sozialen Wohnungsbaues, der sozialen Steuerpolitik, der Schaffung gesunder Arbeits- und Lebensbedingungen, der Familienfürsorge, der Konsumgenossenschaften als Selbsthilfeeinrichtungen der Familie befaßten.

Den Erörterungen zu dieser Frage kommt im Hinblick auf den Gesetzentwurf über die Errichtung von Familienausgleichskassen besondere Beachtung zu. Wir haben diese Frage an anderer Stelle dieses Heftes behandelt (S. 85). Die Soziale Woche bekannte sich zu einem Ausgleich der Familienlasten zwischen den Familien, Betrieben und Wirtschaftszweigen in der Form eigenständiger Ausgleichskassen innerhalb staatlicher Rahmengesetze.

#### *Die Familienbewegung in Deutschland*

Die Teilnehmer der Sozialen Woche hielten es für notwendig, daß sich die deutschen Katholiken baldigst und ernsthaft damit auseinandersetzen, inwieweit für sie die Mitarbeit in einem überparteilichen und interkonfessionellen Familienverbande als Mittel einer Selbsthilfebewegung anzustreben ist.

Das Referat von Prof. Bosch, Bonn, leitete hin zu den Reformwünschen, wie sie in den Resolutionen niedergelegt sind: u. a. Beseitigung der Zwangszivilehe, Einführung der fakultativen Eheschließung in religiöser Form mit vollzivilrechtlicher Wirkung, Beseitigung der Tendenzen zur einverständlichen Scheidung und des Scheidungsanspruchs des allein oder überwiegend schuldigen Ehegatten, Einführung des Verschuldensgrundsatzes an Stelle des Zerrüttungsgrundsatzes, Verstärkung des Unterhaltsanspruchs der unschuldig geschiedenen Ehefrau. In der Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau wird die volle personale Gleichheit und Ebenbürtigkeit der Ehegatten anerkannt. Bejaht werden alle Bestrebungen, der Ehefrau und Mutter ein stärkeres Mitwirkungsrecht in allen gemeinschaftlichen Eheangelegenheiten zuzusprechen. Eine Lösung jedoch, die den Satz der Heiligen Schrift: „Der Mann ist das Haupt der Frau“, für die rechtliche Ordnung von Ehe und Familie grundsätzlich verwirft, ist für das katholische Gewissen untragbar.

Der Anspruch der Ehefrau und Mutter auf außerhäusliche Berufsarbeit hat gegenüber ihren vorrangigen Familienpflichten zurückzutreten.

**Familie und Heim** Etwa 100 katholischen Fachleuten des Bau- und Siedlungswesens, der Banken, der Sozialforschung und -lehre, Vertretern der zuständigen Behörden des Bundes und der Länder war auf der vom Arbeitskreis „Ehe und Familie“ der Deutschen Katholikentage nach Altenberg bei Köln angesetzten Werktagung „Familie und Heim“ vom 17. bis 21. Sept. 1951 die Aufgabe gestellt, die Entwicklung des deutschen Wohnungsbaues in den letzten Jahren zu untersuchen, insbesondere im Bereich der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen, denen beträchtliche Summen aus öffentlicher Hand zufließen. Die Tagung war Ausdruck der Sorge der deutschen Katholiken um die bedenkliche Entwicklung des sozialen Wohnungsbaues und brachte bei sachgerechter Kritik Vorschläge zu einem echten sozialen Wohnungsbauprogramm, das der Präsident des Deutschen Katholikentages, Erbprinz zu Löwenstein, in einer öffentlichen Kundgebung im Plenarsaal des Bundeshauses bekanntgab:

Der Verlust der Heimat und die Zerstörungen des Krieges haben Millionen Deutscher den Raum genommen, in dem ihre Familie lebte, und die Arbeitsstätte, die ihnen Unterhalt gab. So sind in einem bisher in der Geschichte unbekanntem Ausmaße Millionen von Familien eigentumslos geworden. Unsere Aufgabe kann sich deshalb nicht darin erschöpfen, diesen Menschen Wohnung und Arbeitsplatz zu beschaffen, wir müssen ihnen auch wieder zu Eigentum verhelfen. Dieser Aufgabe wird der soziale Wohnungsbau nicht gerecht, weil er in der Hauptsache zur Bildung von Kollektiveigentum in Gestalt von großen Wohnblocks mit Kleinst- oder Schlichtwohnungen in der Hand mächtiger Wohnungsunternehmen führt, die das familien-gerechte Eigenheim nicht ersetzen.

Von den im Jahre 1950 vollendeten Wohnungen sind nach einer vorläufigen Statistik des Bundeswohnungsministeriums nur 14,8% in Form von Eigenheimen oder Einfamilienhäusern erstellt worden. Wie viele davon in das Eigentum einer Familie gelangen sollen, ist noch nicht berichtet. Die verbleibenden 85,2% Mehrfamilienhäuser sind zu einem großen Teil von den gemeinnützigen Woh-

nungsunternehmen gebaut worden. Nach einer Statistik der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft sind von ihrer gesamten Wohnungsproduktion während der letzten Jahrzehnte nur 18% in Eigentum überführt worden, 82% sind in Kollektivbesitz geblieben. Die Tragweite dieser Zahlen wird erst dann erhellt, wenn man weiß, daß der Anteil der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen am sozialen Wohnungsbau des Jahres 1950 fast die Hälfte ausmacht. Wohnungen in Mietwohnblocks entsprechen nicht den wirklichen Bedürfnissen der Familie und nehmen ihr die Möglichkeit zu natürlicher Entfaltung. Kleinstwohnungen genügen alleinstehenden Personen und älteren Ehepaaren. Als Familiennorm führen sie unausweichlich zur Kleinstfamilie.

In bewußtem Gegensatz zu der in der Ostzone geübten Wohnbaupraxis moderner Wohnblocks in Form vielgeschossiger Hochbauten fordern wir das familiengerechte Eigenheim, dessen Verwirklichung nach folgenden Grundsätzen in bezug auf den Grund und Boden, das Baukapital und die Baustoffe und Arbeitskräfte möglich ist:

### 1. Grund und Boden

Familiengerechte Heime, Eigenheime mit Garten, Nebenerwerbs- und Kleinsiedlungen brauchen wohl mehr Boden als hochgeschossige Bauten. Allerdings wird der Mehrbedarf sehr oft überschätzt. Die Hergabe von Boden in einer Zeit, in der bereits wieder eine Flucht in die Sachwerte sich abzeichnet, ist ein Opfer, zumal dann, wenn sie freiwillig und zu billigen Bedingungen erfolgen soll. Wir verlangen von Staat und Gemeinden, in der Abgabe von Boden mit gutem Beispiel voranzugehen. Die öffentliche Hand hat Bodenvorratswirtschaft nicht als Selbstzweck und ebensowenig eine fiskalisch orientierte Bodenpolitik zu betreiben, sondern Bauwilligen Boden in geeigneter Lage und zu angemessenen Preisen zu stellen.

Wir fordern den rechtzeitigen Erlaß des Baulandbeschaffungsgesetzes. Wir verurteilen jede Bodenspekulation und fordern die gesetzliche Abschaffung der nicht auf Kapital oder Arbeit beruhenden Grundstückserträge, die nach einem bestimmten Stichtage ohne Arbeitseinsatz oder Einsatz von Kapital entstanden sind. Die so abgeschöpften Beträge sollten für die Aufschließung von Gelände und zur Förderung des Wohnungsbaues zweckgebunden werden.

### 2. Baukapital

Die in den Wohnungsbau gelenkten öffentlichen Mittel sollten in erheblichem Maße mit der Auflage versehen werden, Eigenheime und Kleinsiedlungen zu schaffen, die in das Eigentum der Bewohner zu überführen sind. Wenn in den nächsten sechs Jahren 20 Milliarden DM aus öffentlichen Mitteln investiert werden sollten, würden bei Fortsetzung der heutigen Wohnbaupraxis diese Gelder im wesentlichen der Verfügungsgewalt eines verhältnismäßig kleinen Personenkreises unterstehen, anstatt Eigentum Millionen deutscher Familien geworden zu sein. Invaliden-, Angestellten- und Arbeitslosenversicherungen, private Versicherungsgesellschaften, Hypothekeninstitute und Sparkassen sollten es zur Norm machen, einen erheblichen Teil ihres Vermögensstockes und Sparkapitals zur Schaffung von Einzeleigentum in Form von Eigenheimen und Kleinsiedlungen einzusetzen.

Es ist sittlich nicht gerechtfertigt, für die Errichtung von Eigenheimen und Kleinsiedlungen, d. h. für den Einzelbauern, ein höheres echtes Eigenkapital zu fordern, als es zu dem Geschloßwohnungsbau der großen Unternehmen

angesetzt wird. Die Arbeitsleistung für das eigene Haus ist echtes Eigenkapital. Dagegen sind Mietzuschüsse, Arbeitgeberdarlehen und ähnliche Mittel nur als zusätzliche Finanzierung anzusehen und nicht als Ersatz für das erforderliche Eigenkapital zu werten. Der Nachweis echten Eigenkapitals sollte Voraussetzung für die Zuteilung öffentlicher Mittel sein.

Wir fordern im bevorstehenden 2. Wohnungsbaugesetz die Verwirklichung eines wahren sozialen Wohnungsbauwillens, der den notleidenden Menschen nicht nur Unterkunft, sondern echte wirtschaftliche Hilfe leistet.

### 3. Baustoffe und Arbeitskräfte

Die Teilnehmer der Werktagung warnen vor der Gefahr, im Hinblick auf den wirtschaftlichen Beitrag der Bundesrepublik zur deutschen und europäischen Verteidigung, insbesondere auch an Baustoffen und Arbeitskräften, die Aufgabe der Schaffung von wertbeständigem Eigentum für breiteste Schichten unseres Volkes als zweitrangig zu betrachten, und bitten alle verantwortlichen Stellen, dafür zu sorgen, daß das im Bundeswohnungsgesetz festgelegte Wohnungsbauprogramm durch ausreichende Bereitstellung auch verwirklicht wird. Auch das Ausland mag erkennen, daß in der Seßhaftmachung der Millionen vertriebener Deutscher ein entscheidender Beitrag zur europäischen Sicherheit von uns geleistet wird.

Neben den Heimstätten als Organen der staatlichen Wohnpolitik müßten auch die freien Betreuungsorganisationen, wie etwa die kirchlichen Siedlungsdienste, bei neuen Wohnungsbauprogrammen beteiligt werden.

#### *Der Bundeskanzler*

#### *zum Altenberger Wohnungsbauprogramm*

Es war ein glücklicher Abschluß der Tagung, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer in der Schlußkundgebung weitgehende Übereinstimmung mit den Forderungen von Altenberg bekundete und ein klares Bekenntnis zur Familie als dem in tiefsten Wurzeln verankerten Schutzwall gegen Materialismus und Egoismus der Gegenwart, als bester Schule sozialen Denkens und Handelns abgab. Dem Staate strömten aus ihr weithin auch alle die wertvollen sittlichen Lebenskräfte zu, die im gottgewollten Zusammenleben einer echten Familiengemeinschaft am besten entwickelt und gefestigt würden.

Es genüge nicht, das Bekenntnis zur Familie in Verfassungsartikeln zu verankern, der Gedanke des Schutzes und der Förderung der Familie müsse sich durch die ganze Gesetzgebung und Verwaltungstätigkeit ziehen. Erste Aufgabe sei es, das Bewußtsein vom Wert der Familie für Staat und Gesellschaft wieder zu beleben und in der öffentlichen Meinung zu verwurzeln. Der Familie stehe die familiengerechte Eigenwohnung und darüber hinaus der familiengerechte Lohn zu, um den Familien die Bildung eines dauerhaften, wenn auch bescheidenen Privateigentums zu ermöglichen. Dies sei gerade den mittleren und größeren Familien heute unmöglich, denen durch Schaffung von Familienausgleichskassen die reale Grundlage eines familiengerechten Lohnes gegeben werden müßte.

Dr. Adenauer bestätigte dabei die von den Teilnehmern der 3. Katholischen Sozialen Woche in München vertretene Auffassung, daß die Leistungen der Familienausgleichskassen nicht vom Staat auf dem Wege der Steuererhebung eingetrieben, sondern als Teil des „gerechten Lohnes“ von der Wirtschaft im Wege einer echten

berufsständischen Selbsthilfe aufgebracht werden müßten. Auch zur Stellung der Frau und Mutter in der Familie gab der Bundeskanzler eine grundsätzliche Erklärung. Wie der Vater nach unserer christlichen Auffassung das Familienoberhaupt sei, so sei die Mutter das Herz der Familie. Das Herz aber müßte in der Familie schlagen und seinen Blutstrom vor allem innerhalb des Familienheimes spenden. Damit stemmen wir uns in keiner Weise gegen die politische, soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau, wehren uns aber dagegen, daß die Frau und Mutter in Verkennung ihrer Wesensart und unter Mißachtung ihrer besonderen Würde in allem und jedem mit dem Manne auf eine Stufe gestellt werde. Das sei auch die Meinung der christlichen deutschen Frauen und Mütter.

**Caritas und Familie** Vom 3. bis 5. Oktober fand in Aachen die Zentralratssitzung des Deutschen Caritasverbandes statt.

Das Thema der Beratungen lautete „Caritas und Familie“, ein Bereich, der im gegenwärtigen Augenblick besonderer Anstrengungen bedarf und der Caritas als der berufenen Vertretung der Kirche für die Zusammenarbeit des freien Helferwillens im kirchlichen Raum und für ein förderliches Zusammengehen mit den Bemühungen des Staates und der Kommunen besondere Aufgaben stellt.

Ziel der Beratungen war, sachgerechte Anregungen in den gegenwärtigen sozialpolitischen Bemühungen zu diesen Fragen zu übermitteln, die Familienfürsorge in gesundheitlicher, wirtschaftlicher und geistiger Hinsicht zu verbessern und zu verstärken und im eigenen Raum in dieser Hinsicht Entsprechendes zu veranlassen.

#### *Die caritative Familienhilfe und die Wiederherstellung der Familie*

Der Verlust der Familie an Besitz und Boden, ihre Unterbewertung in der öffentlichen Meinung, der Verlust ihrer äußeren Stützen und der Schwund so mancher ihrer Funktionen infolge verengter Lebensbedingungen machen es notwendig, ihr Selbstwertgefühl zu heben und ihre Wesenskräfte unter allen Wandlungen zu sehen, zu prüfen und zu stärken. Man darf die wirtschaftlichen und sozialen Strukturveränderungen in der Familie nicht ignorieren, sie aber auch nicht falsch deuten. Das Wesensbild der Familie ist unerschütterter. Aufgabe der Caritas ist Hilfe zur Wiederherstellung der Grundordnung der Familie und Hilfe zur Selbsthilfe.

Familienfürsorge im caritativen Bereich schließt die Erziehung auf die Familie hin ein. Die Familie kann sich nur aus sich selbst bilden, leben und wirken. Hilfe von draußen hat ihre Grenzen.

Wenn wir von unserer Rückkehr aus dem Arbeitsprozeß in den „Schoß der Familie“ sprechen, so gebrauchen wir ein sinnhaftes Bild. Indem wir zur „Gemeinschaft der Abendsuppe“ zurückkehren können, vollzieht sich eine Erholung aus letzten seelischen Gründen, eine Neuschöpfung des ganzen Menschen, eine Regeneration nach der Last des Tages. Der französische Schriftsteller Maurois hat sehr recht: Indem die Arbeiter, Studenten, Industriellen, Handwerker, Künstler und Beamten männlichen und weiblichen Geschlechts am Schluß eines harten Werktages wieder Kinder, Eltern, Großeltern oder auch Tanten werden dürfen, bleiben sie jung, lebendig, spannkraftig. In der arbeitsteiligen Hochspannung des modernen Arbeits-

prozesses, der jeden so stark in Anspruch nehmen muß, werden sie davor bewahrt, zu einem reinen Funktionsdasein herabzusinken. In der Nervosität der modernen Gesellschaft, ihrer Großbetriebe und Großstädte, bewahren sie die Bildsamkeit echten Lebens, bleiben sie aufgeschlossen und ansprechbar, mitfühlend und mitteilend.

Gerade die fehlende „Nestwärme“ treibt die Menschen heute in ein Feld zermürbender Sorgen und raubt Schaffenslust und -kraft. Hier gilt es zuzupacken, zu helfen, in Notlagen einzuspringen. Aber die Hilfe, die im Innenraum der Familie wirksam werden soll, muß sehr einfühlsam, sehr behutsam, ganz persönlich sein. Zur Fürsorge muß die Mitsorge kommen, das Helfen mit Hilfsbereitschaft und Dienstleistung, mit Wegöffnen und gutem Rat. Das kann die Caritas im besonderen. Dafür hat sie die warmen Herzen und die alten Erfahrungen.

#### *Familiengerechte Fürsorge und freie Wohlfahrtspflege*

Gegenüber allen Neuordnungen in der behördlichen Bezirksfürsorge muß die Unentbehrlichkeit der freien Wohlfahrtspflege klar betont werden.

Die Neuordnung im staatlichen Bereich erstrebt die Zusammenfassung der fürsorglichen Aufgaben der verschiedenen Ämter (Gesundheitsamt, Wohlfahrtsamt, Jugendamt, Sozialverwaltungsamt) im Außendienst der Familienfürsorgerin. Sie ist zunächst eine organisatorische Maßnahme. Erstrebt wird, daß in den Stadt- und Landkreisen auf je 12 000 Einwohner eine Familienfürsorgerin kommt, wobei für Notgebiete und Lager besondere Regelungen vorgesehen sind. Soweit sie eine zweckmäßigere und sparsamere Verwaltung fürsorglicher Aufgaben und Mittel anstrebt, wird man ihr zustimmen. Auch können damit Überschneidungen fürsorglicher Maßnahmen verschiedener Ämter und vor allem die Betreuung einer Familie durch mehrere Fürsorgekräfte vermieden werden.

Verlautbarungen aus dem öffentlichen Bereich über die sachliche Abgrenzung zwischen öffentlicher und kirchlicher Familienfürsorge können aber nicht unwidersprochen bleiben. Es bestehen Tendenzen, die kirchliche Familienfürsorge auf die „geistig-seelische“ Betreuung bei geistig-seelischen Notständen zu begrenzen. Dieses Ziel ist mit dem Prinzip der ganzheitlichen Familienfürsorge der Kirche unvereinbar und wird dem Wesenscharakter der kirchlichen Liebestätigkeit nicht gerecht. Sie sieht den Menschen als körperliches, geistiges und seelisches Wesen. Sie will ihm daher auch wirtschaftlich helfen und kann dies — die Jahre der Bewährung der Caritas in den vergangenen Zeiten beweisen dies — in hervorragendem Maße. Bei der kirchlichen Müttererholung z. B. geht es nicht nur um eine geistige oder seelische Betreuung der Mütter, sondern auch um die körperliche Erholung. Ebenso wollen Caritas und Innere Mission die Kindererholungsfürsorge als körperliche Erholung und gleichzeitig im Sinne einer sittlich-ethisch-religiösen Beeinflussung der Kinder erzieherisch gestalten. Kirchliche Liebestätigkeit kennt keine Trennung in wirtschaftliche und seelische Betreuung.

Niemand kann der kirchlichen Liebestätigkeit Grenzen auferlegen. Art. 6 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen z. B. gewährleistet den Kirchen- und Religionsgemeinschaften sowie den Verbänden der freien Wohlfahrt volles Mitwirkungsrecht im Bereiche der Familienfürsorge. Hier wird nur ausgesprochen, was allgemein für das Verhältnis zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege gilt.

Die katholische Kirche wird sich daher gegen jeden Versuch, ihr in der Liebestätigkeit Grenzen aufzuerlegen, zur Wehr setzen, weil er mit dem eigenständigen Charakter und der wesenhaften Aufgabe der Kirche im Bereich der Wohlfahrtspflege im Widerspruch steht.

Eine stark ausgebaute kirchliche Wohlfahrtspflege dient am besten dem Gemeinwohl. Sie verhindert einmal eine bürokratische Normierung und Sozialisierung der Fürsorge, die zu weltanschaulichem oder politischem Zwang führen und ungesunden wohlfahrtspolitischen Tendenzen Vorschub leisten kann. Zum anderen weckt und stärkt sie den freien Helferwillen in Nachbarschaft und Gemeinde. Der ehrenamtliche Helfer will und muß selbständige Mitarbeit leisten. Eine staatliche Bezirksfürsorge in Sachen einer ausschließlichen Familienfürsorge würde in bedenklichem Maße den freien Helferwillen beengen.

Die freie Wohlfahrtspflege erspart dem Staat jährlich Millionen. Sie tut dies auch heute noch, obwohl sie durch die Steuerpolitik des Staates und die Kriegsverluste in bedeutendem Maße geschwächt wurde. Daß die Verlegung der Fürsorgetätigkeit aus dem Bereiche des Staates oder der Gemeinde auf private Einrichtungen sparsamer und billiger ist, beweisen die Städte, die jährlich Millionen an Zuschüssen für Krankenhäuser, Altersheime und sonstige Einrichtungen zahlen müssen, während Städte mit vorwiegend caritativen Einrichtungen diese Ausgaben zum größten Teil sparen. Was ersparen 4200 katholische Kindergärten jährlich dem Staate, in denen täglich 365 000 Kinder behütet und umsorgt werden? Fast 9600 Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen in ihnen werden aus Mitteln kirchlicher Liebestätigkeit besoldet. 26 000 Mütter wurden in Deutschland im Jahre 1950 der Müttererholung zugeführt. 12 000 davon fanden in Heimen der Caritas Aufnahme. In 104 Wöchnerinnen- und Entbindungsheimen der Caritas mit rund 3000 Betten kommen jährlich etwa 100 000 Kinder zur Welt. 1248 Heime mit 46 367 Betten und etwa 11 000 Kräften stellt die Caritas im Bereich der Altenfürsorge bereit. 13 Mutterhäuser caritativer Orden unterhalten heute 310 Familienpflegestationen in Deutschland. Im Bereiche der Gesundheitsfürsorge sind die Leistungen noch eindrucksvoller: Die Caritas unterhält 5000 Krankenpflegestationen vorwiegend in kleinen Dörfern, die eine Schwester nicht besolden können. In katholischen Krankenhäusern und Heilstätten werden jährlich mehr als 2 Millionen Kranke gepflegt. Fast 50 Millionen Pflage tage werden geleistet und eine Million Nachtwachen gehalten. In der organisierten Gemeindepflege wurden 2,7 Millionen ganztägige Pflage tage, mehr als 300 000 Nachtwachen, für 80 000 Alte und Sieche 30 Millionen Pflage tage geleistet. 4000 Anstalten unterhält die Caritas insgesamt, 8000 halboffene und 19 000 offene Einrichtungen.

#### *Die katholische Auffassung von Familienfürsorge*

Die berufenen Vertreter katholischer Wohlfahrtspflege fordern weiterhin ihre lange vor dem Staate ausgeübten Wirkbereiche und sind zu verständiger Zusammenarbeit mit der behördlichen Fürsorge, die die Hilfe vor allem wirtschaftlich unterstützen sollte, bereit, sofern Eigenständigkeit und freier Helferwille erhalten bleiben. Die kirchlichen Einrichtungen der Familienfürsorge werden im Hinblick auf die besondere Familiennot weiter ausgebaut werden. Aus grundsätzlichen Bedenken wird eine Einheitsfürsorge des Staates abgelehnt. Erhalten bleiben muß jede Art der Spezialfürsorge. Das Ziel katholischer

Familienfürsorge ist die Eingliederung der Familie in Not in die lebendige Pfarrgemeinde.

#### *Die konfessionelle Ehehilfe*

Besondere Beachtung finden die Eheberatungsstellen, die durch die Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung in Detmold auf interkonfessioneller Grundlage am Entstehen sind. Sie wollen unmittelbare Berater der Rat und Hilfe suchenden Eheleute sein. Ehenot ist aber in erster Linie religiöse Not. Eheberatungsstellen interkonfessioneller Prägung geben daher nicht die Gewähr einer durchgreifenden Hilfe.

Ehehilfe kann sich niemals auf Sexualberatung beschränken, sondern muß ganzheitlich sein. Es kann daher in ihr auch keine Prävalenz des Arztes geben. Vielmehr muß sie mit den Maßstäben einer echten christlichen Anthropologie durch Zusammenarbeit zwischen Seelsorger, Arzt, Pädagogen, Psychologen, Juristen und bewährten Laien zu einer umfassenden Familienhilfe führen, bei der das Erlebnis der Freude und Entspannung in der Gemeinsamkeit echter Nachbarschaft als Mittel der Hilfe und Heilung nicht hoch genug bewertet werden kann.

Auch die katholische Ehehilfe wird zunächst der institutionellen Form bedürfen. In jeder Diözese bis hinein in die Pfarrei sollte unverzüglich eine „katholische Arbeitsgemeinschaft Ehe und Familie“ gegründet werden. Die Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen und behördlichen Beratungsstellen in Fragen, die auf interkonfessioneller Ebene gelöst werden können, wird begrüßt.

#### *Familienerholung*

Es werden alle Anstrengungen zu machen sein, innerhalb der caritativen Erholungsfürsorge eine umfassende Familienerholung einzubauen und ihre wirtschaftliche Durchführbarkeit durch Anregung des Sparwillens der Familie zu erleichtern.

#### *Ehe- und Familienrecht*

In dieser Frage bejaht der Caritasverband die hierarchische Ehe- und Familienordnung nach der Lehre des Neuen Testaments und der Kirche, die dem natürlichen Recht entspricht. Bei aller personalen Gleichheit von Mann und Frau im Leibesbereich der Ehe muß Raum für die Ungleichheit ihrer Aufgaben im Bereich der Haus- und Lebensgemeinschaft sein.

**Fortschritte und Probleme der österreichischen KAJ** In der katholischen Jugend, die nach den St. Pöltner Beschlüssen (Frühjahr 1948) in steigendem Maße in Arbeiterjugend, Landjugend und Mittelschuljugend (KAJ, KLJ und KMJ) gegliedert wird, hat die Katholische Arbeiterjugend seit einem Jahr die augenfälligsten Fortschritte gemacht. Die Zahl der Mitglieder läßt sich zwar noch nicht genau angeben, da die Zentrale noch nie gefragt hat, wie viele Mitglieder jede Diözese hat, und da die Grenze zwischen den eigentlichen Mitgliedern und den mehr oder weniger am Rand Mittuenden, den sogenannten „Sympathisierenden“, noch unscharf ist. Das hängt mit der kurzen Zeit des Bestehens der KAJ in Österreich zusammen, die, abgesehen von einigen sporadischen Versuchen gleich nach 1945, erst auf drei Jahre zurückblickt. Es braucht nun einmal eine gewisse Zeit, bis sich die Dinge so gefestigt haben, daß aus der Zahl der irgendwie Erfassten eigent-

liche „Mitglieder“ mit fester Verpflichtung herausgehoben werden können. Die Grenze zwischen Mitgliedern und „Sympathisierenden“ wird aber zusehends schärfer, da man dazu übergegangen ist, Mitgliederaufnahmen durchzuführen. Es mag als ein Maßstab für das Wachstum der KAJ dienen, daß an den verschiedenen diözesanen Studientagungen des vergangenen Sommers insgesamt 370 Delegierte teilgenommen haben. Die Zahl der Aktivisten wird bei 2000 liegen. Am weitesten vorgeschritten sind Wien, Oberösterreich, die Obersteiermark und Tirol.

Die Fortschritte verdankt die KAJ der strikten Durchführung der Methode Cardijns. Unterschieden werden drei konzentrische Kreise: 1. die tragende Schicht, das sind die „Aktivisten“, wie sie nun einmal heißen, einschließlich der Führer; 2. Mitglieder und 3. Sympathisierende.

#### *Die „Aktivisten“*

Die Aktivisten sind zugleich Mitglieder und nehmen pflichtgemäß wie alle anderen Mitglieder am Gruppenabend teil. Sie haben aber daneben eine eigene Runde, die „Aktivistenrunde“. Entscheidend ist, daß die Aktivisten missionarisch gesinnt sind; daß sie im Gruppenleben bzw. in der Aktivistenrunde — und sei diese noch so reich und schön geformt — kein Ziel sehen, sondern ein Mittel, um nach außen zu wirken. Die wöchentlich stattfindenden Aktivistenrunden werden immer von einem Laien geleitet, doch ist immer auch der Priester anwesend. Die Runden beginnen mit einem Gebet für eine konkrete Meinung. Dann ist die Schriftlesung, bei welcher jeder über die ihm vorher bekanntgegebene Schriftstelle nachgedacht haben muß. Darauf folgt der Rechenschaftsbericht: Jeder muß berichten, was er getan hat und wie er es getan hat. Das Nächste ist die Überschau über die wichtigsten, das Arbeiterleben beeinflussenden Ereignisse der Woche, mit Beurteilung. Den Abschluß bildet die Besprechung der Untersuchungsergebnisse, die von den Aktivisten über bestimmte Beobachtungsaufgaben im Kreise ihrer Arbeitskameraden erzielt worden sind. Immer wird gefragt, wie die aufgedeckten Tatsachen zu beurteilen sind und was konkret getan werden kann. Hier ist die eigentliche Lebensschule des Jungarbeiters, wo er ständig mit den Tatsachen seines Milieus konfrontiert wird und sein Christentum im Alltag bewähren muß.

Die Aktivisten stehen aber zugleich mit Selbstverständlichkeit in der Schar der Mitglieder, so daß diese die Aktivisten gar nicht als besondere, aus ihnen herausgehobene Kategorie im Aufbau der KAJ, sondern einfach als besonders verantwortungsbewußte und tätige Kameraden empfinden. Die Mitglieder haben bestimmte Pflichten: u. a. Teilnahme am wöchentlichen Gruppenabend und Bezug der Zeitung „Der junge Arbeiter“ (die übrigens eine steigende Abonnentenzahl aufweist). Der Gruppenabend ist die Bildungsstätte für die KAJ-Mitglieder. Religiöse, kulturelle und sozialpolitische Themen werden hier erörtert. Nicht immer ist der Gruppenführer auch der Rundenleiter. Denn man ist bestrebt, abwechselnd wozumöglich alle Aktivisten zur Leitung der Runde heranzuziehen, damit sie selbständige Führungsaufgaben zu meistern lernen.

#### *Die „Sympathisierenden“*

Für die „Sympathisierenden“ schließlich werden jeden Monat offene Versammlungen abgehalten, deren Besuch

auch für die Mitglieder Pflicht ist. Hier soll durch ein aktuelles Thema ein größerer Kreis in Kontakt mit einer christlichen Gemeinschaftsatmosphäre gebracht werden. Dies wird tatsächlich erreicht. Während vor zwei Jahrzehnten solche Versuche auf eine geschlossene feindselige Ablehnung bei der sozialistischen Arbeiterschaft gestoßen wären, ist heute eine gewisse Aufgeschlossenheit vorhanden. Man ist nicht mehr in dem Maß wie früher von der eigenen Position eingenommen, daß man sich nicht auch anderes anhörte und darüber nachdächte. Die kleinen Gruppen der bewußten Christen in den Betrieben (noch lange nicht in allen Betrieben) sehen sich heute weniger der Aktivität einer anderen, nämlich der marxistischen Weltanschauungsgruppe gegenüber, als vielmehr einer ungeheuren seelischen und geistigen Leere, Gleichgültigkeit und Vergnügungssucht, die nur Kino, Sport und Mädchen kennt. Die geringe Ansprechbarkeit der heutigen Jugend für Ideale, die auch im katholischen Bereich eine vertiefte Arbeit sehr erschwert, wirkt sich bei der sozialistisch orientierten Jugend ungleich stärker aus. Die „Sozialistische Jugend“ hat in der Millionenstadt Wien mit ihrer ausgeprägten SPÖ-Herrschaft und großen sozialistischen Tradition nicht mehr als 3000 Burschen und Mädchen erfaßt.

#### *Die Jüngerer-Gruppen*

In den Jüngerer-Gruppen der KAJ sind Lehrlinge des Gewerbes und der Industrie und Lehrlinge des Handels, bzw. in den Älteren-Gruppen (über 18 Jahre) Arbeiter im engeren Sinn und Angestellte vereinigt, wobei die Arbeiter überwiegen. Es ist bemerkenswert, daß nach bisherigen Erfahrungen Arbeiter und Angestellte sich gut verstehen und gut zusammenarbeiten. Der trotz allem sozialen Ausgleich noch immer vorhandene Unterschied des Milieus wird nicht als trennend empfunden.

#### *Pläne und Aufgaben*

Wie im Vorjahr so wird auch heuer eine größere Untersuchung über das Arbeiterleben, und zwar das Berufsleben durchgeführt (Arbeitsverhältnisse, Arbeitsfreude, Ausfüllung der Freizeit, Verwendung des Lohnes). Außerdem wird in diesem Arbeitsjahr besonderes Augenmerk der Vorbereitung der 14-Jährigen auf die Berufswahl zugewendet. Zu Ostern wird die zweite gesamtösterreichische Studienwoche der KAJ abgehalten (die erste war 1948 in Linz).

#### *Die Jungarbeiterinnen*

Seit dem Frühjahr 1951, vereinzelt schon früher, gibt es in Österreich auch eine weibliche KAJ, meist „Katholische Jungarbeiterinnenbewegung“ genannt, die der Absicht nach sowohl die eigentlichen Fabrikarbeiterinnen wie die Verkäuferinnen, Schneiderinnen, Hausgehilfinnen und die sehr differenzierte Schicht der Bürokräfte in sich schließt. Das Neue und Unterscheidende gegenüber den beruflich ähnlich zusammengesetzten (nichtstudentischen) Mädchengruppen der Katholischen Jugend, die es schon längst gibt, liegt darin, daß die Mitglieder der KAJ ihre missionarische Aufgabe im Berufsmilieu erfaßt haben und nach der Methode Cardijns arbeiten. In der beruflichen Zusammensetzung ist allerdings eine kleine Verschiebung eingetreten: Während man früher in die Schicht der Fabrikarbeiterinnen kaum Zugang hatte, ist nun die Zahl der Fabrikarbeiterinnen innerhalb der Katholischen Jugend im Wachsen. Ob allerdings Fabrikarbeiterinnen, die doch

ein sehr abgeschlossenes Milieu darstellen, mit den Angehörigen der übrigen Berufe, die sich mehr dem Mittelstand zugehörig fühlen, zu gedeihlicher Zusammenarbeit in einer Gruppe vereinigt werden können, muß die Erfahrung erweisen. Der Unterschied des Milieus ist hier jedenfalls größer als bei den männlichen Arbeitern und Angestellten, was Spannungen schwer vermeidlich macht.

### *Keine christliche Arbeiterbewegung*

Ein großes Problem für die KAJ besteht darin, daß es sehr schwer ist, Priester für die spezifische KAJ-Methode und überhaupt für die Arbeit im Jungarbeitsmilieu zu gewinnen, zumal die Großstadtseelsorger sehr überlastet sind. Das größte Problem der KAJ aber ist, daß es in Österreich noch keine christliche Arbeiterbewegung gibt, in die die älter werdenden Mitglieder der KAJ übergeführt werden könnten.

### *Aus Süd- und Westeuropa*

**Der Heilige Vater und Fatima** In Portugal wurde zum Abschluß des Heiligen Jahres, das nach seiner Beendigung in Rom auf die ganze übrige Welt ausgedehnt worden war, in Fatima, dem durch die Marienerscheinungen des Jahres 1917 bekannten Ort in den portugiesischen Bergen, ein Kongreß abgehalten mit dem Thema: „Fatima und der Friede“. Dieser fand am 13. Oktober seinen feierlichen Abschluß in Anwesenheit des päpstlichen Legaten Kardinal Tedeschini, vieler portugiesischer hoher geistlicher Würdenträger und einer großen Volksmenge. Der Heilige Vater richtete an die im Tal der Muttergotteserscheinungen versammelte Menschenmenge eine Rundfunkbotschaft in portugiesischer Sprache, in der er wiederum seine eigene tiefe Verehrung der Gottesmutter und seinen Glauben an ihre Hilfe für das Menschengeschlecht in dieser Zeit, zumal als Hüterin der Gnaden des Heiligen Jahres, zum Ausdruck brachte. Während des Pontifikalamtes, das zugleich den 34. Jahrestag der letzten Muttergotteserscheinung vor den drei portugiesischen Hirtenkindern im Jahre 1917 feierte, hielt Kardinallegat Tedeschini eine Predigt, in der er Portugals Beitrag zum Ruhme der Kirche, das Wunder von Fatima und den gegenwärtigen Papst Pius XII., der sich, wie man weiß, innerlich aufs engste mit Fatima verbunden fühlt, mit feuriger Beredsamkeit pries. Im Laufe dieser Predigt gab er den Gläubigen bekannt, daß der Heilige Vater im vergangenen Jahr, dem Heiligen Jahr, um die Zeit der Verkündigung des Dogmas von Mariä Himmelfahrt, am 30. und 31. Oktober sowie am 1. und 8. November nachmittags um 4 Uhr in den Vatikanischen Gärten das Sonnenwunder von Fatima selber erlebt habe. „Der Heilige Vater wandte den Blick von den Vatikanischen Gärten zur Sonne; und da erneute sich vor seinen Augen das Wunder dieses Tals und dieses Tages. Die Sonnenscheibe, umgeben von ihrem Lichthof, wer könnte sie anschauen? Aber er konnte es, und an all diesen vier Tagen konnte er dem Leben der Sonne unter der Hand Mariens beiwohnen. Der Sonne — bewegt, ganz zuckend, verwandelt in ein Bild des Lebens, ein Schauspiel himmlischer Bewegungen, Übermittlerin stummer, aber beredter Botschaften an den Statthalter Christi.“ Mehr hat der Kardinallegat über dieses Erlebnis des Heiligen Vaters

nicht ausgesagt. Er sieht darin eine Übertragung Fatimas in den Vatikan, eine Umwandlung des Vatikans in Fatima.

**Die Konvention der Menschenrechte** Bezüglich der Fassung der drei Artikel (Recht auf Eigentum, Elternrecht, Recht auf freie Wahlen), die der Ministerausschuß des Europarates bei der Unterzeichnung der Konvention der Menschenrechte einem Zusatzprotokoll vorbehalten hatte (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 5 S. 331 f.), ist nunmehr nachfolgende Formulierung vereinbart worden:

„Jede natürliche oder juristische Person hat Anrecht auf Achtung ihres Besitzes. Niemandem darf sein Eigentum genommen werden, es sei denn aus Gründen der Gemeinnützigkeit und unter den vom Gesetz und von den allgemeinen Grundsätzen des internationalen Rechtes vorgesehenen Bedingungen.“

Die vorstehenden Bestimmungen berühren nicht das Recht des Staates, jene Gesetze zu erlassen, die er für notwendig hält, um den Gebrauch der Güter gemäß dem Gemeinwohl zu regeln und um die Zahlung von Steuern, sonstigen Beiträgen und Strafen zu gewährleisten.“

„Niemandem darf das Recht auf Unterricht vorenthalten werden. Bei der Ausübung aller Funktionen, die der Staat auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts auf sich nimmt, berücksichtigt er das Recht der Eltern, die religiöse Erziehung ihrer Kinder gemäß ihrer konfessionellen Zugehörigkeit sicherzustellen.“

„Die Hohen Vertragsschließenden verpflichten sich, in vernünftigen Abständen freie Wahlen in geheimer Abstimmung zu veranstalten, und zwar unter Bedingungen, die den Völkern eine freie Meinungsäußerung über die Wahl der gesetzgebenden Körperschaften möglich machen.“

**Katholische Sozialwoche Italiens: Gewerkschaftsfragen** Vom 23. bis 29. September fand in Genua die 24. Katholische Soziale Woche Italiens statt. Ihr Thema war

„Die berufliche Organisation“. In der Tat handelte es sich um die Gewerkschaften, wie schon die Einzelthemen der Vorträge verrieten. Damit trat nur aufs deutlichste in Erscheinung, daß die Gewerkschaftsfragen, die schon an sich in der sozialen Umwälzung der Gegenwart eine entscheidende Rolle spielen, in Italien ganz besonders dringlich sind, da die Arbeiterwelt Italiens nach dem Auseinanderbrechen der nach dem Krieg geschaffenen Einheitsgewerkschaft immer noch nicht zu einer befriedigenden neuen Organisation gelangt ist. Der weiter bestehende, kommunistisch geführte Gewerkschaftsverband, die Freien Gewerkschaften, die Christlichen Arbeitervereine erscheinen, auch zusammengenommen, nicht als eine befriedigende Vertretung der wahren Interessen der Arbeiterschaft, und insbesondere ihr unklares Verhältnis zur Politik (das zwar bei den „kommunistischen“ Gewerkschaften eindeutig genug als strikte Abhängigkeit von der Partei erscheint, um so fragwürdiger aber als Interessenvertretung ist) läßt die Frage nach dem Wesen einer echten Berufsorganisation und ihren Aufgaben nicht zur Ruhe kommen. So hatte die Leitung der Italienischen Katholischen Sozialwochen für die diesjährige Tagung folgende Themen gewählt:

Der Gewerkschaftsgedanke im gegenwärtigen Augenblick (Redner: Erzbischof Siri von Genua)

Die Gewerkschaft im demokratischen Staat (Prof. Mario Romani)

Die Gewerkschaft öffentlichen Rechts (Prof. Guido Mazzone)

Die gewerkschaftliche Organisation im kollektivistischen Staat (Dr. Bachelet, Redakteur der „Civitas“)

Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften (Prof. Francesco Vito)

Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften (F. Storchi, Präsident der ACLI)

Gewerkschaft und Produktionskategorie (Msgr. Pavan)  
Gewerkschaften und politische Parteien (Prof. Costantino Mortati)

Gewerkschaft und Staat (Prof. Ubaldo Prosperetti)

Der Kollektivvertrag (Msgr. Francesco Rovelli)

Der Streik (Prof. Luigi Mengoni)

Die Gewerkschaft im katholischen Denken (Don Giuseppe Gemellaro).

So interessant einige dieser Vorträge waren — Namen wie Storchi, Msgr. Pavan, Prof. Vito ließen das nicht anders erwarten —, so waren vielleicht die sich daran anschließenden, teilweise sehr lebhaften Diskussionen noch aufschlußreicher. Man hatte erwartet, die leidenschaftlichste Diskussion würde sich um die Frage Gewerkschaft und politische Parteien erheben: statt dessen entbrannten die Gegensätze vor allem um die Frage Gewerkschaft und Produktionskategorie, mit anderen Worten, um das Problem der korporativen, der berufsständischen Ordnung. Msgr. Pavan, der diesen Fragenkomplex meisterhaft dargelegt hatte, hatte selber die Entscheidung für oder wider offengelassen. Prof. Romani (Kath. Universität Mailand) z. B. erklärte eindeutig, er halte die korporative Ordnung nur in einem totalitären Staat und bei unfreier Wirtschaft für eine wirksame Lösung, nicht aber in einem demokratischen Staat mit einer stets in Bewegung befindlichen Wirtschaft. Bei einer solchen hielt er Interessenverbindungen von Fall zu Fall für wirksamer. Am Ende der Diskussionen blieb diese Frage ebenso offen wie die des Verhältnisses der Gewerkschaften zur Politik, die sich naturgemäß um die Beziehung der Gewerkschaften zu den politischen Parteien oder um eine andere Art ihrer Vertretung in der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten drehte. Lebhaft diskutiert wurden auch die Probleme des Kollektivvertrags und des Streiks, ohne daß dabei überraschende Gesichtspunkte zutage getreten wären.

Die Arbeit der Sozialwoche wurde zum Schluß in einer Entschließung von 12 Punkten zusammengefaßt. Darin wurde als erstes betont, daß eine glückliche und gültige Organisation und Tätigkeit der Gewerkschaften sich auf den Geist des Evangeliums gründen müsse. Als Grundsätze wurden dann im einzelnen festgelegt: eine pluralistische Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Achtung vor der menschlichen Person und ihren Rechten; das Recht auf Zusammenschluß als ein von der Natur gegebenes; als Organisationsprinzip der Gewerkschaften gleiche wirtschaftliche Aktivität; das Recht der Gewerkschaften, auch allgemeinere soziale Ansprüche der Arbeiterschaft zu vertreten, wenn keine andere Organisation zur Vertretung dieser Ansprüche da sei; die Begrenzung ihrer Tätigkeit durch Gesichtspunkte des Gemeinwohls; Unabhängigkeit von den politischen Parteien; Anspruch darauf, in den öffentlichen Angelegenheiten ihre Stimme zur Geltung zu bringen. Schließlich betonten die Entschließungen Recht und Pflicht der Katholiken, sich in der Ge-

werkschaftsarbeit einzusetzen, wenn möglich, in eigenen christlichen Gewerkschaften; wo diese nicht existieren, sollen die Arbeiter christlichen Arbeitervereinen angehören (dies ist die Lage in Italien). Jedenfalls ist es Pflicht der katholischen Arbeiter, auch in den nichtchristlichen Gewerkschaften mitzuarbeiten, ohne jedoch etwas von den Grundsätzen und dem Geist des Evangeliums preiszugeben. In Gewerkschaften, die sich nicht auf die christliche Lebensauffassung gründen, können die Christen ihre eigene Auffassung nur durch ihr Handeln zum Ausdruck und zur Geltung bringen.

**Die Gespräche von San Sebastian** Wie alljährlich fanden auch in diesem Jahr wieder im September die nun schon traditionellen Unterhaltungen von San Sebastian statt, bei denen katholische Intellektuelle aus der westlichen Welt Fragen diskutieren, die zumeist in den Kreis der Fragen nach dem Verhältnis des christlichen Glaubens zum Staat, zu den öffentlichen Angelegenheiten gehören. Das diesjährige Thema lautete: „Ist Vaterlandsliebe noch eine christliche Tugend?“, und es ist klar, wie aktuell auch diese Frage wieder war. Die Diskussion zeichnete sich, wie auch das zum Charakter der Gespräche von San Sebastian gehört, durch die Freiheit und Freundschaftlichkeit des Meinungs austauschs zwischen sehr verschiedenen Geisteshaltungen innerhalb des Katholizismus aus. Um die Spannweite der vertretenen Richtungen zu kennzeichnen, nennt „La France Catholique“ (21. 9. 1951, Berichterstatter Jean de Fabrègues) die spanischen Theologen unter Vorsitz von Carlos Santamaria, dem Veranstalter der Gespräche, und andererseits die französische Gruppe mit Abbé Berrar, dem Leiter des Centre Catholique des Intellectuels français, mit Louis Salleron und Jean Rolin; die Redakteure der römischen Jesuitenzeitschrift „La Civiltà Cattolica“ und den französischen Jesuiten P. Fessard; Marcel de Corte und die Schriftleiter des deutschen „Michael“.

Dem Bericht in „La France Catholique“ kann man entnehmen, daß die Gespräche von San Sebastian die Tatsache klarlegten, daß ein gewisser nationaler Absolutismus niemals etwas mit katholischer Tradition, katholischen Tugenden, christlicher Sittenlehre und Naturrecht zu tun hatte. Das Vaterland hat vielmehr die Rolle eines Vermittlers des Rechts, der Kulturgüter, des Gemeinwohls, eines Beschützers der Familie, — eines Mittels also, wenn auch eines Mittels von großer Würde. Das Vaterland verkörpert die Werte, aber es schafft sie nicht. Doch bedürfen auch die christlichen Werte dieser Verkörperung. Das 18. Jahrhundert, das ein christliches Recht außerhalb der konkreten Verhältnisse schaffen wollte, ist diesem christlichen Recht nicht nahe gekommen.

J. de Fabrègues, der Mitredakteur der „France Catholique“, fühlte sich hier genötigt, einen längeren persönlichen Exkurs über das Verhältnis zwischen Franzosen und Deutschen einzuschleiben, ein Zeichen dafür, daß der „Patriotismus“ dieser beiden Nationen einander gegenüber immer noch die größte Schwierigkeit bildet für eine Überwindung des absoluten Patriotismus in der abendländischen Gemeinschaft überhaupt. Andere Teilnehmer, insbesondere Marcel de Corte, betonten die größere Bedeutung und entscheidende menschliche Wichtigkeit des „kleineren Vaterlands“, der engeren Heimat, des Landstrichs, der Provinz, also des sinnlich Faßbaren, in dem der Mensch verwurzelt sein müsse, weil sich aus dieser



Verwurzelung sein Wertgefühl speise. Wie steht es aber dann mit dem Proletariat, das ja in vielen Fällen diese engere Heimat nicht hat? Eben darin besteht aber gerade auch zum Teil nach der Ansicht de Cortes das Unmenschliche der Proletariereexistenz, das mit allen Mitteln bekämpft werden sollte.

Diese Wiederverwurzelung, die von Demagogen und Ideologen verschiedenster Art mit Absicht hintertrieben wird, ist aber die große Angelegenheit des 20. Jahrhunderts. Vaterland muß etwas sein, das auf der einen Seite im Bewußtsein der Menschen den geistig-geistlichen Werten untergeordnet bleibt, die allen Menschen gemeinsam sind, und das andererseits dafür sorgt, daß die Menschen diese Werte konkret erleben. Diese Einsicht spricht allen nationalen Absolutismen das Urteil, von der Devise „Cuius regio, eius religio“, die das Reformationszeitalter geprägt hat, bis zum Jakobinertum der Französischen Revolution, bis zu Hegel und zu Mussolini und Hitler. P. Fessard hat jedoch auf der anderen Seite betonen wollen, daß nichts in dieser Auffassung die Kriegsdienstverweigerung rechtfertige, daß es Pflichten selbst gegenüber dem „prince esclave“ gebe und daß es uns obliege, aus dem Vaterland eben ein wahres Vaterland zu machen.

So kann das Ergebnis der Unterhaltungen von San Sebastian über den Patriotismus wohl schließlich zusammengefaßt werden, wie es auch J. de Fabrègues tut: „Anderen Tugenden untergeordnet, weil auf ihnen beruhend, behält die Tugend der Vaterlandsliebe doch ihre ganze Kraft, wenn sie nur in die überlieferte Wertordnung des christlichen Naturrechts eingeordnet wird“.

**Spanische Priester für Neuordnung des Besitzes** Im Anschluß an die Streiks in Spanien hat eine Gruppe von Priestern in der in Barcelona erscheinenden Zeitschrift „Apostolado“ gemäß einer Meldung von „Christlabor“ (Nachrichtendienst des Internationalen christlichen Gewerkschaftsbundes) eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

„Wenn unsere Arbeiter keine Lebensmittel empfangen, ist es völlig wertlos, daß wir über die wahren Prinzipien des Familienlebens predigen. Außerdem ist es dann überflüssig, daß wir über die Sittlichkeit und über die Verpflichtung, den Kindern eine christliche Erziehung zu geben, Predigten halten. Das wollen wir allen Behörden in Barcelona und dem Justiz- und dem Arbeitsminister hier einmal deutlich vor Augen halten...“

Man hat erkennen müssen, daß niemand, der in den höheren Kreisen lebt, sich um die Not der Arbeiter kümmert. Das einzige Mittel, um eine Beseitigung der Notzustände zu erreichen, besteht im Entwurf eines neuen gesetzlich geregelten Systems der Güterverteilung.“

Die klar und energisch formulierte Erklärung der spanischen Priester schließt mit den folgenden Worten: „Wir haben dies zum Ausdruck gebracht, weil wir nach einer praktischen Anwendung der göttlichen Lehre von mystischen Leib Christi suchten.“

**Christliche Gewerkschaften fordern Gewerkschaftsfreiheit in Spanien** Der Internationale Bund christlicher Gewerkschaften hat eine Denkschrift an den spanischen Staatschef gerichtet, worin er ihn bittet, die Gewerkschaftsfreiheit wiederherzustellen. Die Koalitionsfreiheit wird als ein unveräußerliches Naturrecht bezeichnet. Die

freien Gesellschaften bestehen nicht auf Grund eines vom Staate bewilligten Rechtes. Nur wenn sie sich gegenüber dem Gemeinwohl schuldig machen, ist der Staat berechtigt, gegen sie einzuschreiten.

„Der Staat darf der Tätigkeit der Gewerkschaften nicht gleichgültig gegenüberstehen oder dieselben gar unterdrücken; er hat vielmehr zu erkennen, daß die Gewerkschaften vor allem Mittel sind, um soziale Gerechtigkeit zu schaffen, und daß dieselben zu unterstützen und zu fördern sind, weil sie dem Gemeinwohl dienen.“ Zum Wesen der Gewerkschaften gehört es aber, daß sie auf freier Koalition, nicht auf einem Staatsmonopol beruhen. Nur so kann vermieden werden, daß die Freiheit des einzelnen Arbeiters von der Leitung der Gewerkschaft unterdrückt statt unterstützt wird und daß die Leitung wiederum dem Staate gegenüber die notwendige Freiheit verliert.

Die derzeitigen Lebensverhältnisse der spanischen Arbeiter beweisen nach Auffassung des IBCG, daß die Arbeiterschaft durch die staatliche Einheitsgewerkschaft an der Verteidigung ihrer berechtigten Interessen gehindert ist. Der Arbeiter sei „dem Spiel der unkontrollierbaren Kräfte kapitalistischer oder politischer Spekulation preisgegeben“. Der IBCG erklärte sich deshalb mit den jüngsten Streiks solidarisch. Die Rückkehr Spaniens zu einer der wesentlichsten Freiheiten würde im Ausland „einen gewaltigen Widerhall“ finden und die Aufnahme Spaniens in die Gemeinschaft der freien Völker erleichtern.

#### *Aus Ost- und Südosteuropa*

**Polonia fortissima semper fidelis** Papst Pius XII. richtete am 1. September einen Brief an die polnischen Bischöfe, dessen Text im „Osservatore Romano“ (17./18.9.) veröffentlicht ist. Der Heilige Vater spendet der Glaubensstreue des polnischen Volkes hohes Lob, rühmt vor allem seine marianische Frömmigkeit und stellt die Zukunft Polens deshalb unter den Schutz der Mutter Gottes. In bezug auf die gegenwärtige Lage der Kirche in Polen heißt es: „Mit großer Freude haben Wir den ehrwürdigen Bruder Stephan Wyszynski, Erzbischof von Gnesen und Warschau, ad limina Apostolorum bei Uns gesehen und mit ihm gesprochen. In seiner Person haben Wir euch alle umarmt und begrüßt. Er brachte Uns die liebende Verehrung des polnischen Volkes zum Ausdruck und versicherte Uns, daß die Verehrung und Treue, durch die eure Nation nach dem Beispiel ihrer Vorfahren mit dem Stuhl Petri verbunden ist, nicht im mindesten erschüttert oder gelockert ist. Er setzte Uns auch davon in Kenntnis, mit welcher ungeheurer Mühe ihr unter Mithilfe der Priester und Gläubigen, ungeachtet der verschiedensten Schwierigkeiten, die Kriegsschäden beseitigt habt und um den Fortschritt und die Ehre der katholischen Religion besorgt wart. Die christliche Erziehung der Jugend und die Probleme einer gerechten Lösung der sozialen Frage begegnen den größten Schwierigkeiten, sind am gefährlichsten bedroht und bereiten euch deshalb sicherlich ängstliche Sorgen. Wachset in männlicher Kraft! Gott steht den Tapferen bei, und die Mutter Gottes, eure Königin, wird ein Volk nicht im Stich lassen, das sie unter ihren Schutz genommen hat.“

„Noch wogt der Kampf. Ihr kämpft nicht nur gegen Fleisch und Blut, sondern gegen Mächte und Gewalten, gegen die

Weltherrscher der Finsternis und die bösen Geister in den Himmelshöhen (Eph. 6, 12). Denn ihr habt schwere feindliche Angriffe zu erdulden. Aber die Mutter der Barmherzigkeit wacht über euch, als Garantin für einen glücklichen Ausgang. Sie wird eure Erwartungen in keiner Weise enttäuschen. Sie, die mächtige Jungfrau und Siegerin über die Macht der Unterwelt, wird euch glänzende Siege verschaffen. Sie wird den unvergleichlich kostbaren Schatz des Glaubens, den ihr von den Vätern überkommen habt, ohne Schaden bewahren; denn sie ist des Lobes würdig, das eines eurer Lieder von ihr singt: ‚Du bist für den Feind so furchtbar wie ein geordnetes Kriegsheer. Sei den Christen eine Zuflucht und ein sicherer Port.‘ Das edle Polen kann und muß sich ihrem sicheren Schutz überlassen und auf sie sein Vertrauen in eine glückliche Zukunft setzen. Dadurch gestärkt und gefestigt, werdet ihr zum Ruhme des Namens Gottes am Leben bleiben, und ‚der Mund derer, die ihn rühmen, wird nicht geschlossen werden‘ (Est. 13, 17).“

Dieser Brief zeugt davon, daß der Heilige Vater das katholische Volk Polens für stark genug hält, die Kirchenverfolgung siegreich zu überstehen. Er gründet dieses Vertrauen vornehmlich auf die Intervention der Mutter Gottes, die in Polen so glühend verehrt wird. Der Brief läßt ferner durchblicken, daß der Apostolische Stuhl sich nicht von der Auffassung der polnischen Regierung überzeugen läßt, als handle es sich bei den Differenzen zwischen Staat und Kirche nur um vordergründige Fragen, wie etwa die kirchliche Organisation in den besetzten deutschen Gebieten. Er hat deshalb auch in dieser Frage nach dem Besuch des Erzbischofs von Warschau keine Änderung seiner Haltung vorgenommen. Eine opportunistische Lösung von Fragen wie dieser würde den Kirchenkampf nicht beendigen, sondern nur verlagern. Deutlich genug sagt der Brief, um was und gegen wen auch in Polen in Wahrheit gekämpft wird. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß zwei Kampfbereiche besonders genannt werden: die Erziehung und die soziale Frage. Von ihnen gehe die gefährlichste Bedrohung aus. Die Kirche Polens kann also die Verwirklichung einer kommunistischen sozialen Ordnung nicht unbesorgt hinnehmen und damit rechnen, daß auch in einer solchen Ordnung das religiöse Leben ungestört bleiben könnte. Es wird durch sie vom Sozialen her unmittelbar bedroht.

Aus Polen wird berichtet, daß in letzter Zeit die Bedrohung der Kirche zunimmt. Die Romreise des Primas hat die Wünsche der Regierung nicht befriedigt. Der Tod von Kardinal Sapieha hat zudem eine Hemmung beseitigt, die bis dahin in dem allgemeinen Ansehen des ungemein populären Kirchenfürsten bestand. Schon zeigt sich vereinzelt, so besonders in einem Aufsatz von Stefan Zurowski in „Dzis i Jutro“, der Versuch, ihn in einen „fortschrittlichen Priester“ umzudeuten und gegen die Kirche auszuspielen. Der Papst würdigt in seinem Brief zur rechten Stunde gerade seine Verdienste mit den Worten: „fest, stark und durch keine Verfolgung einzuschüchtern“. Die Prawda hat schon im Sommer in einem unvermittelten Angriff gegen Erzbischof Wyszyński und die „katholische Clique in Polen“ ihre Unzufriedenheit darüber gezeigt, daß die Treue Polens zum römischen Stuhl bisher so wenig erschüttert werden konnte. 900 verhaftete Priester, zu denen in den letzten Wochen eine beträchtliche Zahl weiterer wenigstens vorübergehend hinzukam, zeugen für die Widerstandskraft. Dem Volk sucht man vor allem den Sonntag durch „freiwillige Arbeit“ und

„Freizeitgestaltung“ zu rauben. Einen Erfolg kann der Staat in den Schulen buchen: die Zahl der Einschreibungen in die religionslosen Schulen der „Vereinigung der Kinderfreunde“ hat sich seit dem letzten Jahr nach in London eingetroffenen Berichten etwas mehr als verdoppelt. Der Verein erhielt etwa 200 neue Schulen überwiesen. Diese Schulen sind die Hauptstützpunkte der atheistischen Propaganda unter der Jugend. Es dürfte sich im ganzen um etwa 1200 derartige Schulen handeln, deren Besucherzahl nur geschätzt werden kann. Sie haben schon mehrfach zu Beschwerden der polnischen Bischöfe Anlaß gegeben und sind wohl der Kern ihrer Sorge um die Erziehung. Die Kirche als ganze macht weiter den Eindruck, daß sie in der Glaubenstreue standhält und sich andererseits bemüht, dem Staat gerecht zu werden. Das zeigte besonders die Pastoralinstruktion der Bischöfe (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jg. S. 438), die die Geistlichen vor jeder politischen Einmischung warnt, und die Unterzeichnung des Friedensmanifestes durch sehr viele Geistliche.

**Die Not der Priester in der Tschechoslowakei** Am 27. September fand in Prag nach Meldungen von staatlicher Seite ein „nationaler Friedenskongreß katholischer Priester“ statt, dessen Teilnehmerzahl mit 1600 Personen angegeben wird. Von anwesenden Bischöfen wurden genannt: Msgr. Trochta, Leitmeritz, Lazik, Tyrnau, Weihbischof Eltschkner, Prag und Msgr. Onderek. Den Vorsitz führte Minister Plojhar. Untergrundnachrichten berichten, daß die Geistlichen vor die Alternative der Teilnahme oder der Zwangsarbeit gestellt wurden. Es verdichten sich die Gerüchte, daß geistliche Zwangsarbeiter in erheblicher Zahl in den Uranbergwerken von Joachimsthal eingesetzt sind. Die Reden auf dem Friedenskongreß wiederholten die gewöhnlichen Beschuldigungen gegen den Heiligen Stuhl, der im Dienst des westlichen Imperialismus stehe. Einen neuen Ton trug die Behauptung hinein, daß der Vatikan an der Spannung in der Tschechoslowakei schuld sei, weil er „junge, unerfahrene Leute“ mit der Geschäftsführung der Prager Nuntiatur betraut habe.

Diese Bemerkung bestätigt eigentümlicherweise in etwa die Gerüchte, von denen schon vor einem Monat ein Gewährsmann des KND zu berichten wußte. Danach würde zur Zeit weniger der Papst als das Personal der ehemaligen Nuntiatur, besonders Msgr. Verolino, angegriffen. Diese Gerüchte wollten darin einen Annäherungsversuch Prags erblicken. Es wurde von der Entsendung einer Delegation nach Rom gesprochen. Jedoch glaubte jener Gewährsmann selbst, daß es sich nur um einen neuen Trick des Verwirrungsfeldzuges handle, den die Kirche über sich ergehen lassen muß. Die Priester sind die am meisten davon Betroffenen. Zu welch lächerlichen und doch erschütternden Schikanen man greift, zeigen Nachrichten wie die von der Aufstellung einer Priester-Arbeitsbrigade in der Slowakei, die unter Führung eines Bischofs ihr Soll um 13% überschritt, und die von der Verpflichtung aller Geistlichen zur Teilnahme an „Priesterexerzitien“ von zehn Tagen, bei denen Kommunisten Schulungsvorträge hielten, aber jedes Gebet verboten war. Am schlimmsten leiden die Geistlichen unter dem Mangel an bischöflicher Führung. Angeblich gibt es zur Zeit nur einen Bischof, der sich frei bewegen kann, nämlich Weihbischof Eltschkner, der im Lande Firmungen spende und die Kandidaten aus den Staatsseminaren zu Priestern

weihe. Die übrigen Bischöfe, auch diejenigen, die den Treueid geleistet haben, seien interniert, also nach wie vor verdächtig.

Ferner liegt ein Bericht vor, nach dem die Errichtung einer „Orthodoxen Kirche des lateinischen Ritus“ bevorstehe. In diesem Falle würde der Klerus vor eine neue, noch schwerere Entscheidung gestellt werden. Die Gerüchte und Nachrichten in und aus der Tschechoslowakei übertreffen alles, was man aus den anderen Ländern gewohnt ist. Mit der Einsetzung der Staats-„Bischöfe“ und Staatspriester ist der Weg beschritten worden, die Kirche durch Desorientierung über die wahren und die falschen Hirten zu lähmen. Dieser Täuschung dient auch die Folge der Gerüchte. Sogar Radio Vatikan war vor einiger Zeit gezwungen, seine Hörer im Lande darauf hinzuweisen, daß die Propaganda angebliche Meldungen des Vatikansenders, die selbstverständlich in diesen Fällen immer unsinnig oder unrichtig sind, benutzt, um die Verwirrung zu erhöhen. Der Sender gab zugleich zu, daß er selbst gelegentlich wegen der Unzuverlässigkeit von Berichterstattern, auf die das Ausland allein angewiesen ist, irren könne. Um wieviel größer ist die geistige Verlassenheit, unter der die treuen Priester und Gläubigen im Lande leiden.

#### **Terrorurteil in Bukarest**

Mitte September wurde der achtzigjährige Bischof von Temesvar, Msgr. Pacha, wegen Spionage in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Diplomatischen Corps zu 18 Jahren Gefängnis und wegen Währungsvergehen zu 1,8 Millionen Lei Geldstrafe verurteilt. Mit ihm wurden fünf weitere Geistliche und vier Laien verurteilt, darunter Kanonikus Schubert, Budapest, und Seminarregens Boros, Temesvar, zu lebenslänglicher Einzelhaft bzw. Zwangsarbeit.

Die Konsistorialkongregation hat gegen alle an dem Urteil aktiv Beteiligten das Feststellungsurteil erlassen, daß sie der speziell dem Heiligen Stuhl vorbehaltenen Exkommunikation auf Grund der Canones verfallen sind. „Osservatore Romano“ hebt in seinem Kommentar zur Kennzeichnung der Prozeßführung hervor, daß die Lächerlichkeit auf die Spitze getrieben wurde, indem man dem achtzigjährigen Bischof sogar Konspiration mit Tito nachwies! Der Grund des Prozesses sei zu diesem Zeitpunkt darin zu suchen, daß die treuen Priester und Gläubigen durch ausgesprochen terroristische Bestrafung einiger ausgewählter Vorbilder noch mehr und von neuem eingeschüchtern werden sollen.

Aus der rumänischen Orthodoxie wird gemeldet, daß am 29. Juni in Bukarest ein Mitglied der Partei, Abramovici, zum Priester einer Bukarester Pfarrkirche geweiht wurde. Er wurde beauftragt, „dem Geist der Zeit entsprechend zu predigen“. Nach einer neueren Meldung haben 250 orthodoxe Geistliche sich verpflichtet, ebenfalls „im demokratischen Geist“ zu predigen, der Predigt einen politischen Kurzkommentar anzufügen und die kommunistischen Symbole in den Kirchen aufzustellen.

#### *Aus dem Nahen und Fernen Osten*

#### **Die Stellung der christlichen Kirchen in der Türkei**

Seit einigen Jahren macht sich in der Türkei eine Rückkehr zur mohammedanischen Überlieferung im öffentlichen Leben bemerkbar. Dieser Wandel, über den die Herder-Korrespondenz ausführlich in Jg. 3, S. 229 ff.

berichtet hat, hat politische Ursachen: mit der Rückkehr der Türkei zu demokratischeren politischen Formen nach dem Tode Kemal Atatürks ist auch dessen Kulturgesetzgebung aufgehoben worden; die künstliche Modernisierung der türkischen Kultur wurde aufgegeben, und der eigentliche Grund des türkischen Lebens durfte sich wieder entfalten. In den Schulen wurde der Unterricht im Koran wieder eingeführt, von den Minaretts ruft der Muezzin nicht mehr auf Türkisch, sondern im althergebrachten heiligen Arabisch zum Gebet, seit einigen Monaten erscheinen auch wieder religiöse Zeitschriften. Diese Neubelebung des Islam im öffentlichen Leben hat in einigen Gegenden sogar Revolten mohammedanischer Fanatiker möglich gemacht, die allerdings von der Regierung rasch wieder unterdrückt worden sind. Die heutige Türkei ist zwar wieder mohammedanisch, will aber nicht in den alten Fanatismus, die alte Intoleranz zurückfallen.

So gewinnen auch die christlichen Gemeinschaften in der Türkei von dem neu eingeschlagenen religionsfreundlichen Kurs. Darüber berichtet die französische protestantische Wochenschrift „Réforme“ in ihrer Nummer vom 28. Juli. Sie beginnt mit einem Blick auf die Lage der wichtigsten christlichen Gruppe im Orient, der orthodoxen Kirche. Auf türkischem Boden, in Konstantinopel, befindet sich der Sitz eines der höchsten, wenn nicht des höchsten der orthodoxen Kirchenfürsten, des Ökumenischen Patriarchen. Am Ende des Goldenen Horns, dessen Wasser von den Abwässern des Schlachthauses verunreinigt sind, in einem schmutzigen Quartier befindet sich ein großes Gebäude mittelmäßigen Geschmacks: das ist der Sitz des Patriarchats, der Phanar, die Zusammenkunftsstätte des Heiligen Synods des Ökumenischen Patriarchen. In dieser Würde ist seit 1949 Athenagoras I., ein gebürtiger Grieche, der jahrelang griechischer Metropolit in Neuyork gewesen ist (vgl. Herder-Korrespondenz Jg. 3, S. 161/62 u. 313); er unterhält sehr gute Beziehungen zu Ankara. Kürzlich hat der Patriarch zum erstenmal seit der Einnahme von Byzanz durch die Ottomanen die Hagia Sophia betreten dürfen, um die dort entdeckten alten Mosaiken zu bewundern. Auch die Mitglieder des Heiligen Synods, die noch die Bischofstitel kleinasiatisch-türkischer Diözesen tragen, erklären sich mit ihren Beziehungen zu den türkischen Behörden zufrieden. Das Seminar von Halki blüht, und die Novizen, die aus Griechenland, Ägypten und Syrien hierherkommen, nehmen zu.

Die gregorianischen Armenier, deren Beziehungen zu den Türken im Lauf der Jahrhunderte besonders gespannt waren, konnten vor einigen Monaten ihren neuen Patriarchen wählen, der am 9. März sein Amt angetreten hat. Es ist Msgr. Hatschadurian, der bis dahin Erzbischof von Südamerika war. Seit 1944 war der Patriarchenstuhl vakant, und es waren sehr unerfreuliche Streitigkeiten unter den Armeniern entstanden, weil sich ein staatliches Gesetz und die kanonischen Bestimmungen der Patriarchenwahl der gregorianischen Kirche nicht in Übereinstimmung bringen ließen. Jetzt haben die türkischen Stellen das Hindernis auf ihrer Seite beseitigt, so daß die Wahl stattfinden konnte. Der neue Patriarch ist von der Regierung sehr liebenswürdig aufgenommen worden.

Auch dem Patriarchen der armenisch-unierten Kirche, Kardinal Agagianian, wurden kürzlich offizielle Empfänge bereitet. Man kann daher vielleicht vermuten, daß die türkische Regierung sich anschickt, sich einer Bewegung

anzuschließen, die sich in letzter Zeit in den Ländern des Orients abzuzeichnen beginnt, zumal in Ägypten und Pakistan, nämlich Konkordate mit dem Vatikan abzuschließen. Ebenso wie die Festigung der Beziehungen zum Phanar, so schließt der Bericht in „Réforme“, ist diese günstige Stimmung für eine Anknüpfung von Beziehungen zum Vatikan nicht frei von ideologischen und politischen Erwägungen. Es scheint, daß die Stellung der griechischen und der lateinischen Kirche im Kampf gegen den Kommunismus Ankara dazu drängen, sie als Bundesgenossen zu suchen.

#### **Der Kampf um die Ehegerichtsbarkeit in Ägypten**

Wie die Herder-Korrespondenz bereits mitteilte (5. Jg., Heft 9, S. 392), kämpfen die christlichen Kirchen Ägyptens um das Recht ihrer ausschließlichen Zuständigkeit in Sachen der Ehe. Seit 1200 Jahren hat der Islam die kirchliche Ehegerichtsbarkeit anerkannt. Jetzt liegt dem ägyptischen Parlament ein Gesetzentwurf vor, der alle Ausländer in Ehesachen vor die staatlichen Gerichte verweist. Bei den Ausländern handelt es sich um ganze Gruppen völkischer Minoritäten, die ihre Zugehörigkeit zu ihren meist arabischen Heimatstaaten nicht aufgegeben haben, aber in Ägypten ansässig sind. In den Kreisen der christlichen Kirchen wird angenommen, daß dies Gesetz der Anfang zur Säkularisierung der ehelichen Rechtsverhältnisse sein soll und daß es deshalb auch auf die ägyptischen Bürger ausgedehnt werden wird. Die Kirchen wollen dem Staat die Zuständigkeit zur Regelung der wirtschaftlichen und sonstigen bürgerlichen Rechte und Pflichten, die sich aus der Ehe ergeben, nicht streitig machen. Jedoch verteidigen sie ihre eigene Zuständigkeit über die Ehe selbst mit grundsätzlichen, geschichtlichen und völkerrechtlichen Argumenten. Die katholische Zeitschrift „Rayon d’Egypte“ fordert die Regierung auf, sie möge die Länder des Westens nicht so sehr auf dem Wege zur Säkularisierung nachahmen als vielmehr in der Herstellung vollständiger Gewissensfreiheit.

#### **Um die Geburtenkontrolle in Indien**

Der indische Premierminister Jawaharlal Nehru sagte in einem Bericht an ein Komitee des allindischen Kongresses in Bangalore, der sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft des Landes beschäftigte: „Wir müssen an das beängstigende Wachstum der Bevölkerung und die Notwendigkeit der Familienplanung denken. Was einst eine Marotte einzelner Inder war, ist zu einem der bedeutendsten Probleme des Landes geworden.“ Diese Auffassung fand die Zustimmung der Kongreßpartei und ist in ihr Wahlmanifest aufgenommen worden.

Namens des Episkopates hat Erzbischof Attipetty, der Vorsitzende der bischöflichen Kommission für die Katholische Aktion, hiergegen Stellung genommen. Die katholische Zeitung „Malabar Mail“ unterstützt den Bischof und schreibt: In einer Rede vor den Vereinten Nationen am 1. Juni 1949 hat der Ministerpräsident genau das Gegenteil gesagt. Die Rede von der Übervölkerung Indiens sei ein „ernster Irrtum“. Indien sei zum Teil stark unterbevölkert. Die Schwierigkeiten der Ernährung des indischen Volkes beruhten nicht auf Übervölkerung, sondern auf Unterproduktion. Die Lösung des indischen Bevölkerungsproblems liege in vermehrter Erschließung des

Landes und in der Steigerung seiner Erzeugung lebenswichtiger Güter.

Bei einer Diskussion dieser Frage vor dem allindischen Unternehmerverband prägte deshalb der katholische Diskussionsredner C. E. Castellino das einprägsame Wort: „Der Ort, wo die Armut beseitigt werden muß, ist die Fabrik, nicht das Heim.“ Er forderte die Regierung auf, durch gesetzliche Maßnahmen für Produktionssteigerung und vor allem für eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes zu sorgen, statt daß man sich die Lösung der sozialen Frage dadurch bequem mache, daß man die Frau ihres natürlichen Rechtes berauben wolle, ihre Bestimmung zu erfüllen. „Die Reichen sind nicht deshalb reich, weil sie weniger Kinder haben. Sie haben weniger Kinder, weil sie Autos, Klubs und Kinos haben. Sie haben Rennen und Radio, sie haben Sport und Spirituosen, sie haben Lektüre und Literatur, sie haben, mit einem Wort, jeden Anreiz, um nur an die Verbesserung ihrer Position und daran zu denken, daß sie ihren Kindern möglichst viel Wohlstand und Komfort mitgeben.“ Der Redner sagte, wer da behauptete, daß Kinderreichtum die Ursache der Armut sei, stelle die Dinge auf den Kopf. Im Gegenteil, allzu große Armut erzeuge nach dem Ausweis der Geschichte eine hohe Kinderzahl; denn für die Armen bedeutet jedes Kind eine Arbeitskraft und damit die einzige Chance zur Einkommenssteigerung und zur Versicherung gegen Krankheit und Alter. Aufgabe der Lenker des Staatswesens müsse es sein, die wahre Ursache der sozialen Mißstände, nämlich die ungerechte Armut, zu beseitigen. Den Unternehmern insbesondere sagte Castellino: „Die Produktion von Gütern und Diensten hat keinen Sinn, wenn die Produktion von Babys verboten wird.“ Der Versuch, mit künstlichen Mitteln die natürliche Dynamik des Sexuellen ins Leere zu leiten, bedeutet notwendigerweise, daß man in der materiellen und in der moralischen Ordnung Konflikte schafft. Wenn man behauptet, die Empfängnisverhütung sei nicht unnatürlicher und künstlicher als das Kleid, die Zahnbürste und die Brille, als falsche Zähne, Chloroform und Telephon, übersehe man den entscheidenden Unterschied. Alle jene Mittel fördern die menschliche Aktivität, dieses dagegen macht einen menschlichen Akt sinnlos.

#### **Die Leiden der Kirche in China**

Die Maßnahmen der Chinesischen Volksrepublik gegen die katholische Kirche und die Katholiken nehmen ständig an Schärfe zu. Anfang August wurde in Peking eine offizielle Äußerung zitiert, die besagte: „Wenn wir die Kirche nicht reformieren können, werden wir sie zerstören“ (nach NCWC-Nachrichtendienst, 13. 8. 1951). Man hat die chinesischen Katholiken vor die Wahl gestellt: der schismatischen „Autonomen Katholischen Kirche Chinas“ beizutreten oder ihren Glauben ganz aufzugeben. Die „Katholische Kirche Chinas“ hat bisher aber allen Berichten zufolge kaum Anhänger gefunden; die Regierung ergreift darum nun die verschiedensten Mittel, die wahre Kirche zu zerstören, sie schließt Kirchen, droht mit Verhaftungen, sie hat schon längst begonnen, die mächtigen Propagandamittel der Schulen und der Presse zu enteignen, und vor allem sucht sie der Kirche die Wurzeln abzuschneiden, indem sie sie ihrer Hierarchie beraubt. In dieser Hinsicht ist das aufsehenerregendste Ereignis die Ausweisung des Apostolischen Internuntius Msgr. Riberi gewesen, die am

4. September unterzeichnet und am 8. September ausgeführt worden ist.

#### *Die Ausweisung des Internuntius*

Msgr. Riberi ist inzwischen in Hongkong angekommen, der britischen Enklave in Südchina, die sich infolge der „chinesischen Christenverfolgung“ heute schon zu einem wichtigen Sammelpunkt christlichen Lebens im Fernen Osten entwickelt hat. Wir haben in unserm Septemberheft von der Agitation gegen Msgr. Riberi und von den Demonstrationen eines künstlich aufgewiegelten Volkes gegen ihn bei seinem Aufenthalt in Tschungking, die am folgenden Tag öffentlich widerrufen und bereut worden sind, berichtet. Msgr. Riberi ist in seinem monatelangen Hausarrest immer wieder verhört und zur Unterzeichnung eines Schuldbekenntnisses aufgefordert worden; doch hat man ihn schließlich, auch ohne daß er das ihm vorgelegte Dokument mit dem Bekenntnis von 30 Schuldpunkten unterzeichnet hätte, über die Grenze abgeschoben. Zum Vorwurf hat man ihm vor allem jene drei Verbrechen gemacht, die die stets wiederholten Hauptanklagepunkte der Chinesischen Volksregierung gegen die Katholiken bilden: Widerstand gegen die „Freie Katholische Kirche Chinas“; Förderung der Legion Mariens (über deren wichtige Wirksamkeit im gegenwärtigen China wir in unserm Augustheft S. 499 berichtet haben); und Zusammenarbeit mit „imperialistischen Verrätern“. Die chinesische Regierung scheint bei ihrer antikatholischen Propaganda kürzlich der Kirche unwillentlich einen großen Dienst erwiesen zu haben; sie hatte im Namen der „Autonomen Kirche“ ein Manifest herausgebracht, das sowohl Angriffe auf Rom wie dogmatische Irrtümer enthielt, auf die der Internuntius eine scharfe Erwiderung formulierte: diese ist von der Regierung in Radio, Presse und Anschlägen bekanntgemacht worden — während die Katholiken selber ja längst keine Publikationsmöglichkeiten mehr besitzen. Im ganzen hält Msgr. Riberi das Experiment der „Unabhängigen Katholischen Kirche“ trotz aller Propaganda und trotz der anfänglich erreichten Verwirrung der Geister heute für gescheitert.

#### *Verfolgung der katholischen Hierarchie*

Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ brachten unterm 5. Oktober eine Zusammenstellung aller bisher im kommunistischen China verhafteten Bischöfe auf Grund einer Liste, die das Oktoberbulletin der Chinamission in Hongkong veröffentlicht hat. Danach sind gegenwärtig 13 katholische Bischöfe in Haft und weitere drei in Hausarrest. Einige wurden schon am 26. Mai inhaftiert, andere am 31. Juli, einige erst in letzter Zeit. Bischof Martina von Yihien (Prov. Hopeh), ein gebürtiger Italiener, ist wegen „Spionage“ zu lebenslänglichem Kerker verurteilt worden. Der Apostolische Administrator von Charbin in der Mandschurei wird seit zwei Jahren vermißt. Drei der verhafteten Bischöfe sind später wieder freigelassen worden. Am 10. Oktober veröffentlichte „La Croix“ die Namen von fünf weiteren Bischöfen, die mit vielen ihrer Priester zusammen verhaftet worden sind. Dazu kommt dann als zweites Mittel, die chinesischen Katholiken ihrer Führung zu berauben, die Ausweisung. Nicht nur der Internuntius ist des Landes verwiesen worden, sondern ungefähr zur gleichen Zeit auch Msgr. Jantzen, der Erzbischof von Tschungking, der Stadt, in der im Frühsommer die Gefahr bestand, daß die gesamte

katholische Gemeinde zur schismatischen Kirche überginge (zur Zeit, als Riberi dort gefangengehalten und gegen ihn eine Demonstration inszeniert worden war). Damals hatte der Erzbischof sich vorbehaltlos hinter den chinesischen Priester Tong gestellt, dessen kühne und ergreifende Glaubenserklärung die verwirrte Gemeinde zur einmütigen Rückkehr in die wahre Kirche bewogen hat. Ausgewiesen wurde auch Ende September der Bischof von Yukiang (Kiangsi). Der Internationale Fidesdienst (7. 10. 1951) glaubt, daß man von jetzt an überhaupt ohne große Formalitäten die ausländischen Bischöfe aus China ausweisen wird. Offenbar wollen die Kommunisten durch die Schnelligkeit der Zerstörung der kirchlichen Organisation die Bahn für die schismatische Kirche freimachen.

#### *Nachspiel der Aufhebung des Katholischen Zentralbüros in Schanghai*

Wir haben im August dieses Jahres (Jg. 5, S. 498) von der Schließung des Katholischen Zentralbüros in Schanghai berichtet, die am 8. Juni erfolgt war. Die Räume sind von der Chinesischen Volksregierung übernommen und gründlich durchsucht worden. Vier Priester, die am Zentralbüro gearbeitet hatten, zwei Chinesen und zwei Ausländer, sind nun am 6. September festgenommen worden, nachdem man sie im Juni auf freiem Fuß gelassen und ihnen nur auferlegt hatte, die Stadt nicht zu verlassen. Ein französischer Jesuit, P. Théry, ist schon vor längerer Zeit verhaftet worden. Andere Mitarbeiter, darunter Bischof J. E. Walsh, ein gebürtiger Amerikaner, befinden sich noch in Freiheit.

In Schanghai scheint die kommunistische Propaganda in katholischen Kreisen mit großer Heftigkeit betrieben zu werden. Es heißt, daß 500 Studenten geschult worden sind, in die katholischen Familien in Schanghai einzudringen und dort die kommunistischen Lehren zu propagieren oder wenigstens die Gläubigen so einzuschüchtern, daß sie ihre Religion nicht mehr auszuüben wagen. Solche Familienbesuche finden täglich statt. NCWC-Nachrichtendienst meldet jedoch unterm 17. September, die Resultate seien bis jetzt noch schwach. Zudem zirkulieren in Schanghai neue Pamphlete gegen die Legion Mariens, gegen die ausländischen Missionare und gegen angebliche Mißstände bei katholischen Priestern und in katholischen Instituten. Auch werden gelegentlich die Meßbesucher am Ausgang der Sonntagsmesse gemeinsam abgefangen und einem zwangsweisen Unterricht in kommunistischer Doktrin zugeführt. Der Druck zielt vor allem darauf hin, den Widerstand gegen die „Unabhängige Katholische Kirche“ zu brechen.

Das chinesische Katholische Zentralbüro befindet sich nach seiner Schließung in Schanghai jetzt, wie so viele chinesische katholische Einrichtungen und Stellen, in Hongkong.

#### *Aus den Missionen*

**Die Missionen Indochinas.** Die kriegerischen Ereignisse in Vietnam haben dazu geführt, daß man in weiten Kreisen heute immer an Vietnam denkt, wenn von Indochina gesprochen oder geschrieben wird. Aber auch Thailand (Siam) sowie Laos und Kambodscha gehören zum geographischen Begriff „Indochina“, zum Gebiet „zwischen Indien und China“, das kirchlich in der

**Missionsgebetsintention für November 1951**

Apostolischen Delegatur Indochina (Sitz Nué in Vietnam) zusammengefaßt ist. Regent der Delegatur ist seit der Rückreise des Apostolischen Delegaten Msgr. Drapier nach Frankreich der irische Pater John Dooley aus der Missionsgesellschaft vom hl. Kolumban.

### *Die religiöse Lage in Vietnam*

Seltsam berührt es auf den ersten Blick, daß in Vietnam, jenem Teil Indochinas, wo das Christentum am heftigsten verfolgt wurde und wo die Kirche an 100 000 Märtyrer zählt, der Katholizismus sich im öffentlichen Leben durchsetzte, während er in den übrigen Ländern, wo die Verfolgungen weniger heftig waren, nur ein stilles Dasein führt. Die Erklärung liegt darin, daß Siam, Laos und Kambodscha ein ausgeprägt buddhistisches Kulturantlitz haben und daß der Buddhismus der Sinnesart der Bewohner sehr zusagt. Von Vietnam kann man nicht das gleiche sagen. Dieses langgezogene Gebiet in Küstennähe ist allen äußeren Kultureinflüssen sowohl aus Ostasien als auch aus Europa besonders stark ausgesetzt gewesen. Es herrschte deshalb dort von jeher eine verwirrende Religionsmischung. Heute trifft man chinesischen Taoismus, Konfuzianismus, Buddhismus, Caodaismus und primitiven Geisterkult in engster Verschlingung. Die europäische Zivilisation faßte hier in Indochina zuerst Fuß, und die Auseinandersetzung mit der europäischen Ideenwelt sowie der Einfluß des Christentums brachten eine weitere Auflockerung des an sich schon reichlich uneinheitlichen Kulturbildes. Auf diesem geistig bewegten Boden konnte so auch die christliche Religion in ernstem Wettbewerb mit den angestammten Religionsformen treten. Es ist auch bezeichnend, daß die neue synkretistische Religion des Caodaismus, ein Gemisch aller großen Weltreligionen und einheimischer Religionsformen mit bewußt universalistischer Grundhaltung, den ersten großen Versuch in Ostasien darstellt, eine Art Synthese westlichen und östlichen Denkens auf religiösem Boden zu schaffen.

Das Volk Vietnams hat sich also in Indochina am willigsten dem Katholizismus geöffnet und stellt heute durch seine Auswanderer auch im übrigen Indochina einen beträchtlichen Teil der dort lebenden Katholiken. Vietnam zählt fast 1,4 Millionen Katholiken und (1949) 40 000 Katechumenen. Die Zahl der Taufbewerber ist nach neuesten Berichten aus den nicht von den Kommunisten beherrschten Gebieten durchaus noch im Wachsen. Über 5,5 Prozent der etwa 25 Millionen Vietnamesen sind katholisch. Außer auf den Philippinen hat die Kirche nirgendwo so große Eroberungen gemacht. Nirgendwo in Ostasien ist auch die Bereitschaft der Katholiken mit der europäischen christlichen Kultur einen Ausgleich zu suchen, so groß wie in Vietnam. Man darf das wohl sagen, auch wenn man die starke Zuwendung der Katholiken Japans zur europäischen Zivilisation anerkennt. Ja es ist schon eine gewisse Synthese der privaten Frömmigkeitsformen in Vietnam gefunden worden, die westliche christliche Besucher des Landes zuerst etwas verduzt. Sie müssen sich an dies Bild eines asiatisch durchwachsenen europäischen Christentums erst gewöhnen. Der einheimische Klerus ist in Indochina stärker als in jedem anderen Missionsland des Fernen Ostens. Vietnam zählte 1949 bei nur 336 ausländischen Priestern 1430 einheimische Geistliche. In sechs der 15 Missionssprengel amtieren einheimische Bischöfe. Die Verhältnisse drängen vielleicht dazu, das ausländische Missionspersonal zu internationalisieren, nach-

dem bisher fast nur Franzosen und Spanier (in einem kleinen Gebiet des Nordens) das Ausland im Priestertum vertraten.

### *Thailand, Kambodscha, Laos*

Thailand zählt bei 15,4 Millionen Einwohnern nur 50 000 Katholiken und 1000 Taufbewerber, Kambodscha bei 3 Millionen Einwohnern zwar 110 000 Katholiken, aber keine Katechumenen, ein sicheres Zeichen dafür, daß der Katholizismus sich dort meist aus Einwanderern (Chinesen und Vietnamesen) rekrutiert und fast nur durch natürliche Vermehrung der Bevölkerung wächst. Laos hat bei etwa 1 Million Einwohnern nur 32 000 Katholiken und 860 Katechumenen. Der Buddhismus ist noch nicht von der Mission überwunden. Er hat in diesen drei Ländern eine privilegierte Stellung und beherrscht als eine Art Staatsreligion das ganze öffentliche Leben. Aber diese Verhältnisse werden sich auch ändern. Der Buddhismus zeigt in Ostasien gegenüber der technischen Zivilisation und der sozialen Revolution von heute keinen sehr starken Widerstand. Man darf deshalb nicht glauben, daß die große soziale Unruhe und der Kommunismus vor den Toren dieser Länder haltmachen werden. Thailand galt bisher als immun gegen den Kommunismus. Mag auch der mißglückte Staatsstreich in diesem Jahre nicht kommunistischer Einwirkung zuzuschreiben sein, so fühlt Siam doch das Werden einer neuen Zeit, und die 3 Millionen Chinesen des Landes sind sicher für den Kommunismus sehr anfällig, wenn er einmal direkt an den Toren Thailands steht. Moskau unterhält in Bangkok übrigens eine Gesandtschaft mit starkem Personal, obwohl nur ein paar russische Staatsbürger im Lande leben. Ein Einbruch des Kommunismus in Siam, Kambodscha und Laos würde die dortigen katholischen Minderheiten sofort in die Katakomben treiben.

Im Augenblick genießen die Katholiken Thailands volle Duldung, ja sie gewinnen geistig an Boden. Als im Dezember 1950 die Statue der Muttergottes von Fatima durch die buddhistische Hauptstadt des Landes getragen wurde, geleitet von 30 000 Katholiken, standen an 100 000 Heiden ehrfurchtsvoll am Wege. Der „Osservatore Romano“ nannte diese Vorgänge in einem Lande, das von 1940 bis 1944 eine regelrechte Christenverfolgung erlebte, „das staunenswerteste Ereignis des siamesischen Katholizismus in seiner dreihundertjährigen Geschichte“. Die große Hoffnung der Kirche Indochinas bleibt die Christenheit von Vietnam. Der politische Wirrwarr im Lande ist noch nicht aufgelöst, und die Katholiken bleiben darin verstrickt. Das lähmt ihr geschlossenes Auftreten nach außen hin, bedeutet aber nicht, daß der Katholizismus Vietnams sein inneres Leben und seine innere Geschlossenheit verloren hat.

### *Vietnamesischer Katholizismus als Brücke zwischen West und Ost*

Die Katholiken Vietnams waren selbst in den Verfolgungen immer starke Patrioten. Sie wollen die restlose Unabhängigkeit des Landes. Sie lehnen die französische Beherrschung ab, aber auch die chinesische, die sich ihnen in der Form des Kommunismus genähert hat. Ihren Glauben haben die Katholiken in Generationen gegen eine völlig anders denkende Umwelt verteidigt. Sie haben keinen Grund, das Christentum heute zu verleugnen, wo sie mit vielen ihrer Grundanschauungen in das Leben der Nation hineingewachsen sind und auch diese Nation mitgestaltet

haben. Der Katholizismus Vietnams zeigt bei klarem Verstehen der westlichen Ideenwelt eine universalistische Haltung, hat aber andererseits schon spezifisch orientalische Züge angenommen. So kann er Brücke sein zwischen West und Ost in kommenden Entwicklungen der Weltkirche. Der Westen und auch der westliche Katholizismus müssen aber Vietnam unterstützen, sein Christentum mit den besten religiösen Werten des Abendlandes zu vertiefen, und mithelfen an der Bildung einer vietnamesischen katholischen Elite, deren Schaffung nach manchen Versäumnissen heute dringlichste Forderung ist.

Vor hundert Vietnamesen, die zur Feier der Seligsprechung von 25 tonkinesischen Märtyrern nach Rom gekommen waren, sprach Pius XII. am 2. Mai 1951 Worte hoher Anerkennung für den Katholizismus Vietnams, der trotz Krieg, Verfolgung und dramatischer Not von Priestern und Gläubigen treu zur Kirche stehe. Die Weltkirche wird an den katholischen Vietnamesen auch in dieser Zeit der Umwertung aller Werte in Ostasien keine Enttäuschung erleben.

## Ökumenische Nachrichten

Die „Ökumenische Marienschwesternschaft“ in Darmstadt

In der katholischen Öffentlichkeit läuft seit einigen Wochen die Nachricht von einem evangelischen Marienorden um, der in Darmstadt gegründet wurde. Da manche der verbreiteten Einzelheiten unrichtig sind und das Ganze in der gebotenen Kürze für katholische Vorstellung etwas Phantastisches an sich hat, haben wir uns bemüht, über diese in der Tat erstaunliche Gründung aus erster Quelle zuverlässige Unterlagen zu erhalten. Danach ergeben sich folgende Tatbestände:

Unter den Erschütterungen der schweren Luftangriffe auf Darmstadt gegen Ende des Krieges erlebten die Mitglieder eines Mädchen-Bibelkreises, der sich um ein Fräulein Madaus in der Darmstädter evangelischen Paulusgemeinde gebildet hatte, eine „Erweckung“. Sie erfuhren damals, wie es jetzt in den 1950 ausgearbeiteten Satzungen heißt, auf eine besondere Weise die Liebe Gottes, und die Antwort ihres Herzens war, diese Liebe ganz zu erwidern. Dabei entdeckten die Mädchen im 7. Kapitel des 1. Korintherbriefes den seit Luther meist überhörten Ratschlag des Apostel Paulus zur Jungfräulichkeit: „Wer ledig ist, sorgt, was dem Herrn angehört, wie er dem Herrn gefalle . . . Denn die Welt in ihrer jetzigen Gestalt geht dem Ende entgegen.“ Das Erlebnis Kierkegaards, aber nun in gemeinschaftlicher Weise und mit der besonderen Ausrichtung, „mit Jesus Christus den Weg der Armut, der Niedrigkeit, der Keuschheit und des Gehorsams zu gehen, um so seinen Weg zu teilen“ (I, 2). Neben Erika Madaus, die sich heute als „Probemeisterin“ Schw. Maria Martyria nennt, stand von Anfang Fräulein Dr. Klara Schlink aus einer hessischen Theologenfamilie von ökumenischem Ruf. Sie war Reisesekretärin der Mohammedanermision und hatte Fühlung mit weiten evangelischen Kreisen, besonders Freikirchen und auch Sekten. Heute führt sie als Oberin den Namen Schw. Maria Basilea. Nach katholischer Sitte trägt, übrigens erst seit diesem Frühjahr, jede der Schwestern den Beinamen Maria und bringt darin den eigenen Namen zum Erlöschen.

## Warum Maria?

Nicht sogleich war der Weg klar vorgezeichnet. Das ist angesichts des völligen Fehlens evangelischer Traditionen begreiflich. Schwärmerische Einflüsse wirkten herein. Der erste geistliche Vater und der eigentliche Gründer der Schwesternschaft wurde 1947 der inzwischen verstorbene Methodisten-Superintendent Riedinger aus Ansbach, ein Zeichen, daß die Schwestern keine rechte Heimat in der offiziellen Kirche Hessens fanden. Bilden sie doch zum „Bruderrat der Bekennenden Kirche“, dem Kampfbund Niemöllers, der auch seinen Sitz in Darmstadt hat, einen merkwürdigen Gegensatz. Heute gilt Br. Belz, Leiter der wenig bekannten, ebenfalls der Marienverehrung weit geöffneten „Brüder vom gemeinsamen Leben“ in Heidenheim bei Gunzenhausen (Bayern) als geistlicher Betreuer. Die Versammlungen fanden bislang in freikirchlichen Räumen statt. Zu den Persönlichkeiten, die gelegentlich geistliche Dienste in der Schwesternschaft verrichteten, gehörte u. a. Prof. Friedrich Heiler, Marburg, ein orthodoxer Priester aus Frankreich und andere Reiseprediger. Aber die Mitte und tragende Kraft scheint in den Schwestern selber verborgen. Die ökumenische Weite, die ihnen vorschwebt, drückt sich in folgenden Bestimmungen aus: „Die Marienschwesternschaft bekennt sich uneingeschränkt zu der Offenbarungswahrheit der ganzen Heiligen Schrift des Alten und Neuen Testaments. Sie weiß sich unzertrennlich verbunden mit dem Christusleben aller Zeiten in allen Kirchen“ (6). Daran schließt sich die Verpflichtung zur Erfüllung des hohepriesterlichen Gebetes Jesu (Joh 17, 22), so daß die Schwestern „priesterlich in Gebet und Tat für alle Kirchen und Gemeinschaften und deren Dienst eintreten. Dabei stehen die einzelnen Schwestern treu zu ihrer eigenen Kirche. Ihr geistlicher Auftrag und Dienst, der allen gehört, macht den Schwestern eine politische Bindung . . . unmöglich“ (7). Die wenigen Artikel über die „innere Grundhaltung“ schließen mit dem schlichten Satz: „Die Marienschwesternschaft trägt ihren Namen aus Liebe zu Maria, der Mutter des Herrn. Sie ist mit ihrem Leben den Schwestern Vorbild in Glaube, Gehorsam, Demut und Reinheit.“

## Der Dienst der Anbetung . . .

Man kann dieser aus leidenschaftlicher Christusliebe entstandenen und heute auf fast 50 Schwestern aus allen Teilen Deutschlands angewachsenen marianischen Erweckung als Katholik nur gerecht werden, wenn man geläufige Begriffe unseres Ordenslebens beiseite läßt und bedenkt, daß alle jene neuen Erkenntnisse unserer evangelischen Brüder, über die hier vielseitig berichtet wird, aus der Begegnung mit der ganzen Heiligen Schrift stammen; und diese Begegnung steht unter der Einwirkung neuer Existenzerfahrungen, denen sich die Heilige Schrift in ihrer Fülle erschließt. Daß eine solche Pflanzung, je weiter ihre Wurzeln in das Erdreich dringen, sich den lebendigen Wasserbächen entgegenstreckt, von denen allein sie letzten Endes die Kraft zum Durchhalten empfangen kann, ist eine gesunde Entwicklung, aber sie wird nicht ohne schwere Krisen verlaufen. Ordensmäßige Gemeinschaftsformen wurden im evangelischen Raum nur von den Diakonissinnen ausgebildet. Von ihnen wurde auch hier übernommen, was sich bot, darunter die ähnliche Tracht, die von den Schwestern angelegt wird, sobald sie die zweijährige Vorprobezeit bestanden haben, während der sie in Weiß gehen. Katholische Einflüsse stehen außer